

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 S., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 13. Februar 1892.

Inserate die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 S. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

Kapitalistischer Schwindel.

III.

„40 Millionen Kapitalwert“, behauptet die „Eisenzeitung“, betrage der Verlust, den die eisenindustriellen Werke im verflossenen Jahre erlitten haben.

Im ersten Artikel legten wir bereits klar, wie schon um deswillen von Verlust keine Rede sein könne, weil die „Eisenzeitung“ einfach den plumpen

Schwindel versucht hat, die Differenz der Börsennotierungen, das Glückspiel der Börsenspekulanten, die gegenseitige Taschendieberei, als Verlust hinzustellen. Sehen wir uns nun, genau wie bei den Hüttenwerken, so auch bei den Industriewerken, den wirklichen Stand an den Dividenden-Ergebnissen der letzten Jahre an, und um das Bild zu verallgemeinern, gehen wir auch hier bis auf das Jahr 1887 zurück und stellen dann diese Ergebnisse summarisch zusammen.

Wir finden da:

Dividenden-Ergebnisse in Proz.

Industrie-Aktien.

Table with 7 columns: Year (1887-1890), 1889/90, 1888/90, 1887/90. Rows list various industrial companies like Anhalter Maschinen, Armaturenfabrik Strube, etc.

Und was zeigt uns diese Zusammenstellung? Von Verlust ist überhaupt keine Rede, gute und schlechte Jahre, gute und schlechte Gesellschaften zusammengerechnet, ergibt sich pro 1890 eine Dividende von 8 1/2 Proz., für die letzten 4 Jahre von je über 7 Proz., (1889/90: 18 Proz., 1888/90: 24 Proz., 1887/90: 28 1/2 Proz.). Statt einen Verlust zu beklagen, erfreuen sich also die Herren Aktionäre einer recht anständigen Dividende, die dem Doppel des heute üblichen Zinsfußes gleichkommt.

Der Schwindel von dem durchschnittlichen Verlust von 25 Proz. Anlagekapital erscheint aber erst im hellsten Lichte, wenn wir diesen angeblichen Verlust nach den Börsennotierungen vom 31. Dezember 1891 in Vergleich stellen zu den seitens einzelner Gesellschaften wirklich gezahlten Dividenden. Da finden wir z. B.

Table comparing 'Angeblicher Verlust' and 'Wirkl. Dividende' for various companies like Halle Maschinenfabrik, Subenburger, etc.

u. s. w., u. s. w.

Und angesichts solcher Zahlen schreibt die „Eisenzeitung“, es seien Kursverluste bis zur Höhe von 108 Proz. zu verzeichnen gewesen. Die Haller Maschinenfabrik ist da wirklich der schlagendste Beweis. Die nichtstehenden Aktionäre haben innerhalb der letzten 4 Jahre ihr Kapital verdoppelt; nach der Darstellung der „Eisenzeitung“ aber pro 1891 allein einen Kapitalverlust von 14 Proz. erfahren! Und daneben 35 Proz. Dividende! Da ergibt sich denn die köstliche Rechnung, daß die Aktionäre trotz der 14 Proz. Verluste — diese einmal als wirkliche Verluste angenommen — immer noch 86 Proz. Gewinn erzielt hätten! Und die Sächsische Webstuhlfabrik, die pro 1891 angeblich gar 79 Proz. Verlust erlitten haben soll, zahlte letztes Jahr 11 2/3 Proz., in den letzten 4 Jahren aber 62 Proz. Dividende!

Was glaubt wohl die „Eisenzeitung“, daß die Arbeiter über ihren schamlosen Schwindel denken, daß die Löhne um die Hälfte hätten reduziert werden müssen innerhalb der letzten beiden Jahre, wenn sie am Gewinn und Verlust dieser Gesellschaften theilhaftig gewesen wären!

Die Arbeiter kennen so gut wie die Patrone der „Eisenzeitung“ das ökonomische Gesetz der heiligen Produktionsweise, daß aller Gewinn den Ausbeutern zugute kommt, aller Verlust auf die Arbeiter abgewälzt wird! Von Kapitalverlust heute zu reden, ist einfach Blödsinn oder Schwindel! Das Kapital „arbeitet“ überhaupt nicht mit

Verlust. In dem Augenblick, wo die Beschäftigung der Arbeiter zu den bisherigen Löhnsätzen nicht mehr den gleichen Profitraum ermöglicht, werden einfach die Löhne reduziert; im ökonomischen Jargon der „Eisenzeitung“ heißt das: Der „Kapitalverlust“ wird auf die Arbeiter abgewälzt. Und wenn die Fabrikation infolge wahnwitziger Ueberwirthschaft und daheriger periodischer Absatzstockung zeitweilig nicht profitabel, so wird einfach die Produktion eingestellt, d. h. die Arbeiter werden entlassen. Immer also sind's die Arbeiter, welche den Verlust tragen müssen. Der einzige „Verlust“, welchen die nichtstehenden Aktionäre erleiden, ist der, daß während solcher Zeiten die Dividendenentmagerung ist!

Das weiß die „Eisenzeitung“ so gut wie wir. Schreibt sie doch in derselben Nummer, wo sie auf der ersten Seite den Schwindel produziert, in der Eisenindustrie sei in den beiden letzten Jahren die Hälfte des Anlagekapitals verloren worden, unter der Rubrik: „Zur Markt- und Geschäftslage“, auf der dritten Seite wörtlich: „In Deutschland liegen die Verhältnisse nicht zum Besten. Da die industriellen Gesellschaften in den verflossenen Jahren viele Millionen weniger verdient haben, so werden auch zu Neuanlagen sehr bedeutende Summen weniger verwendet werden können und bei den Reparaturen wird man mit äußerster Sparsamkeit verfahren.“ Also: weniger verdient — nicht aber: verloren, was freilich nach der Logik der Ausbeuter auf's Gleiche herauskommt, denn jeder Pfennig, der nicht in ihre Tasche wandert, hat ja seinen Zweck verfehlt. Und ein paar Zeilen später gesteht sie ganz offen ein, daß das Kapital nicht mit Verlust arbeitet, nicht, um bloß die Arbeiter zu beschäftigen, weiter produziere. Nein: „Von einer Ueberproduktion kann nirgends die Rede sein. Die Industrie hat sich bereits der verminderten Nachfrage angepaßt“, d. h. die Arbeiter: auf die Straße geworfen: „Daß sie betteln geh'n, wenn sie hungrig sind!“

Noch deutlicher und noch brutaler brüct sich die „Rheinisch-Westfäl. Ztg.“ aus in einem Artikel, worin sie den Beschluß des westfälischen Kohlen- und Stökes-Ringes bespricht, die Produktion um 20 Proz. und 5 Proz. einzuschränken. Da heißt es wörtlich:

„Fehlt die Nachfrage, dann erfolgt eine herkömmliche Einschränkung der Produktion. Feierschichten sind bereits seit einiger Zeit an den Werken genugsam eingelegt. Auf Lager können (d. h. wollen) die Zechen nicht arbeiten lassen, daher sind Lohnherabsetzungen, Arbeiterentlassungen unausbleiblich und treten bereits in Ausföhrung. Was die Lohnherabsetzungen anbelangt, so sind dieselben um so mehr zu billigen, als der schnelle hohe Verdienst der Bergleute in den letzten Jahren wenigstens bei der jüngeren Generation, die ohne jede Vorbildung, wie die gute alte Zeit sie vorschrieb,

Man wird uns zugestehen, unparteiischer kann man nicht zu Werke gehen, als daß man alle von der „Eisenzeitung“ aufgeführten Werke, die im letzten Jahre allein angeblich einen Kapitalverlust von 40 Millionen zu verzeichnen hatten, nach

ihren wirklichen Erträgen aufführt, und davon ganz absieht, daß hierunter so und so viele inbegriffen sind, die als seit Jahr und Tag — infolge der verschiedensten Umstände — unrentabel eigentlich hier hätten ausgeschieden werden müssen.

sofort Fahrhauer wurde und die höchsten Lohnsätze erhielt, vielfach Zustände herbeigeführt hat, die jeder Ordnung Hohn sprechen."

Ueber diese freche Verhöhnung der Arbeiter wollen wir hier kein Wort verlieren, das Organ der Steuerbetrüger und Schmeicheleier wird ja dafür bezahlt — uns kam es hier bloß darauf an, zu zeigen, wie plump der Schwindel der "Eisenzeitung" war, angeht die oben ziffermäßig nachgewiesenen Dividenden-Maubzüge für die Aktionäre, die im ganzen Produktionsprozeß absolut unbeteiligt und unthätig sind, von Verlust derselben zu reden, und mit frecher Stirne zu schreiben: "Wir empfehlen dies Ergebnis den gewerbmäßigen Streikaposteln und Hezern auf's Wärmste; sie werden daraus gewiß recht nützliche Lehren ziehen."

Gewiß, recht nützliche, vor allen die: Daß es die Hauptaufgabe der Arbeiterklasse sei, diesen Parasiten und Bampyrn am Gesellschaftskörper das Weiterwachstum unmöglich zu machen. Und da dies auf dem Wege der bloßen gewerkschaftlichen Selbsthilfe nicht möglich, erstreben die Arbeiter als Sozialdemokraten die politische Macht, um mittelst derselben die heutigen Besitzer der Arbeitsmittel zu expropriieren. Daneben freilich organisieren und vereinigen sich die Arbeiter auf gewerkschaftlichem Boden, um auch heute schon der Kapitalistenklasse den Überlaß und die Blutabzapfung durch übermäßige Arbeitszeit und schlechte Löhne möglichst zu erschweren! Alles Zusammengehört der literarischen Goldknechte des Unternehmertums über Stufen des Ausbeuterprofites, oder gar über Verluste des Kapitals läßt die Arbeiter kalt; diese plumpen Uebertreibungen öffnen vielmehr dem Blindesten darüber die Augen, daß, wenn angeht solcher Profite für Leute, die weder als Leiter, noch als Funktionäre in irgend einer Form einen Finger zur Erzeugung desselben gerührt haben, von Verlusten der Unternehmer gesprochen wird, dies auf's Haar der Taktik gleicht, die der Spitzbube einschlägt, wenn er ruft: "Haltet den Dieb!"

Das preussische Volksschulgesetz, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften.

I.

Der vom preussischen Kultusminister, Grafen Jeditz, eingebrachte Entwurf eines Volksschulgesetzes, welcher in diesen Tagen die erste Lesung passirt hat, kann in der That Anspruch auf ungewöhnliche Bedeutung erheben. Daß Alles das, was sich auf die Volksschule bezieht, für das Volk von höchster Wichtigkeit ist, darüber dürfte bei Niemandem Zweifel sein. Und daß gesetzliche Bestimmungen, welche die Volksschule in Preußen betreffen, für ganz Deutschland von erheblichem Belang sind, auch das ist einleuchtend. Preußen ist der führende Staat. In Preußen sind die herrschenden Klassen verhältnismäßig und absolut am mächtigsten, und — höchstens von Mecklenburg abgesehen — auch am dreifachen und ungenirtesten bei der Geltendmachung ihrer Interessen.

Das arbeitende Volk von ganz Deutschland hat also die dringendste Veranlassung, gerade den herrschenden Klassen in Preußen und insbesondere deren gesetzgeberischer Tätigkeit so scharf als nur möglich auf die Finger zu legen, — denn auch das, was das preussische Abgeordnetenhaus leistet, wird für die herrschenden Kreise aller übrigen deutschen Bundesstaaten in den entsprechenden Kanalsangelegenheiten in den meisten Fällen maßgebend und vorbildlich sein.

Mehr aber noch als alle anderen Gegenstände der Landesgesetzgebung nimmt der preussische Volksschulgesetzentwurf das

allgemeine Interesse in Anspruch; denn in ihm offenbart sich einerseits, was die in Preußen Regierenden mit der Volksschule vorhaben, andererseits aber auch, was die Volksschule im Sinne und Interesse der herrschenden Klassen überhaupt leisten soll, und zum Ueberflus noch in ganz besonders hervortretender Weise, wie die preussische Volksschule bisher schon von den Vertretern der herrschenden Klassen eingerichtet war und wie ungenügend alle die Repräsentanten unserer Bourgeoisie, mögen sie sich konservativ, oder liberal, oder selbst deutschfreisinnig nennen, heucheln, wenn sie für die Volksschule als Geistesbildungsanstalt schwärmen, während sie dieselbe nur als Geistesdressur- und Geistesverfälschungsanstalt in ihrem eigensten schändlichsten materiellen Interesse eingerichtet haben und erhalten.

Diese Furchen trat bei den stürmischen Debatten über das neue Volksschulgesetz in lebhaftester Aktion. Die liberalen Bourgeoisie von dem freikonservativen bis zum deutschfreisinnigen Manchester-Mustermann Eugen Richter hin, thaten, als wenn sie sich ob der schauerlichen Reaktion, die ihnen aus dem Jeditz'schen Entwurfe entgegenweht, schier die Beine ausreißen möchten. Der große liberale Staatsmann Bennigsen rief in komischem Pathos alle die liberalen Mannen auf die Schanze, zur Abwehr gegen geistige Tyrannei. Unannehmbar, unannehmbar! Jallte aus der gesammten liberalen Presse dem neuen Volksschulgesetzentwurf entgegen. Bennigsen und Miquel sollten angeblich entschlossen sein, aus dem Staatsdienste auszuschreiben, um sich mit derartiger reaktionärer Gesezmacherei nicht zu beflecken. Wie sich die preussische Regierung zu diesem Sturm im liberalen Kampffeld verhielt, war charakteristisch. Derselbe erzielte bei ihr einen großen Erfolg, aber einen Heiterkeitserfolg. Graf Jeditz verspottete die liberalen Mannen ganz öffentlich im Abgeordnetenhaus ob ihres Volksschulliberalismus; der Ministerpräsident Graf Caprivi fragte sie, gleichfalls vergnügt gestimmt, was sie denn um Alles in der Welt eigentlich wollten, und der in parlamentarischer und juristischer Bezeichnung bestbeschlagene Vertreter der Ultramontanen, der Konfistorialrath Dr. Borsch, setzte mit beneidenswerther Kaltblütigkeit haarklein auseinander, daß die Bourgeoisie, gleichviel, ob sie sich freisinnig oder konservativ nenne, ob sie fromm thue oder nicht, der christlich-religiösen Volksschule absolut nicht entzogen könne. Die oberen Zehntausend, so war der Sinn und in allem Wesentlichen auch der Wortlaut seiner bezügl. Ausführungen, könnten zwar der Religion und im Nothfalle auch der Moral entbehren, die Millionen der armen gedrückten Arbeiter aber, auf deren Ausbeutung man hienieden doch nicht verzichten wolle und verzichten werde, müßten wenigstens das bessere Jenseits behalten. Es müsse ihnen die Erziehung nicht geraubt werden, daß der Kaiser, der hier auf Erden hoch über ihnen stehe und gebiete, spätestens binnen 40 oder 50 Jahren da droben über'm Sternenzelt auch dem ärmsten Arbeiter als vollkommen Gleichem zur Seite stehen, und für seine Handlungen werde Rechenschaft geben müssen, ebenso wie sein mächtiger Minister und die glücklichen Reichthümer; das sei ja der einzige Trost, den die ausgebeuteten Millionen hier auf Erden noch hätten, den ihnen zu rauben, wäre doch der purste Wahnsinn. Auch wären die Liberalen ja niemals so dumm gewesen, daß wüßten sie, die Ultramontanen, doch am besten. Sie waren auch bei dieser schönen Gelegenheit sogleich bereit, die Beweise dafür zu erbringen. Die gesammte liberale Welt hatte geschrieben, der neue Volksschulgesetzentwurf sei ganz nach dem Herzen der Ultramontanen und

befriedige ihre Ansprüche in Bezug auf die Befestigung der kirchlichen Uebermacht in der Volksschule, und daneben höchstens noch die nach derselben Richtung hinströmenden Bläse der Orthodoxo-Evangelischen. Dr. Borsch fragt höhnisch: was thut denn dieser von liberaler Seite so wüthend angefeindete Volksschulgesetzentwurf? Er will dem, was in unseren Volksschulen besteht und bestanden hat, die gesetzliche Sanktion ertheilen. Es soll nicht erst in Zukunft die Kirche in der Schule herrschen, sondern sie herrscht in derselben. Der Religionsunterricht geht nicht nur allen anderen Unterrichtsgegenständen voran, sondern er dominiert sie alle und hat sie alle mit seinem Geiste durchsetzt. In jedem Unterrichtsgegenstande, welcher überhaupt eine über den Kreis seiner Wissenschaft hinausgehende Tendenz vertritt, macht sich die religiös-kirchliche Tendenz in aufbringlichster und ausschließlicher Weise geltend. Im Deutschen erfolgt die Auswahl der Besetzstücke und der Thematik der Aufsätze nach dieser Tendenz. Der Geschichtsunterricht hat überall kirchlich-konfessionellen Untergrund. Die christliche Religion stellt den Kern des Volksschulunterrichts dar und alles, was sonst gelehrt wird, nur die Schale. Dementsprechend sind die Ultramontanen mit dem Volksschulwesen wie es ist, im Grunde ihres Herzens ganz einverstanden. Die 2000 Geistlichen, welche heute und immer vorher schon in Preußen den Religionsunterricht in den Volksschulen ertheilten oder die Schulaufsicht führten, thuen genug und übergenug; darum konnte der ultramontane Vertreter hohnvoll den Liberalen zurufen, daß wenn irgend etwas Wesentliches an dem Jeditz'schen Entwurfe geändert werden sollte, sie, die Ultramontanen, ihn zu Falle bringen und sich mit den Verhältnissen, wie sie im preussischen Volksschulwesen heute sind, befriedigt erklären würden. Nachdem den Liberalen die Wahrheit genügend gezeigt worden war, wurden sie trotz ihres großen Mundes verzweifelt kleinlaut. Das Gespenst der großen liberalen Partei verschwand schleunigst in der Versenkung. Miquel und Bennigsen dachten auf einmal nicht mehr daran, dem Staate den Rücken zuzukehren. Der Schulgesetzentwurf wurde vertrauensvoll einer Kommission übergeben und wie er auch aus ihr hervorgeht, wird die Kirche, die ultramontane sowohl wie die orthodoxo-evangelische, wird an der Volksschule nach wie vor ihre herzynige Freude haben.

Die wahre Volkserziehung aber ist Sache des Volkes, dem Staate und der Kirche zum Trost!

An ihren Fräulein werdet ihr sie erkennen!

Wir haben von den Hirsch-Düncker'schen Gewerkschaften schon bisher die denkbar geringste Meinung gehabt, wir betrachteten sie nur als die Skurrilität einer Arbeiterorganisation. Allein neuerdings lieferte ein Gewerkschaftsmitglied den Beweis dafür, daß wir sie doch noch überschätzten. Der Gewerkschaftsmitglied der Maschinenbau- und Metallarbeiter wurde im Dezember v. J. angegangen, den streikenden Buchdruckern mit Geldmitteln an die Hand zu gehen, um den Streik wirksam zu Ende führen zu können. Die Buchdrucker wurden zu diesem Schritt verleitet, weil einige Gewerkschaftler unter Ignorirung ihrer Führer Geldmittel überbracht hatten.

Man kann den Buchdruckern den Schritt verzeihen, sie glaubten jedenfalls, daß die Organisation, die sich stets als das Abbild der englischen Gewerkschaften aufspielte, die mit ihrem "Bemühen" immer renommierte, sich nicht wird lumpen lassen, sondern in denbeutel greifen und es den englischen Gewerkschaften gleich thun wird.

Doch die Buchdrucker kamen schön an. Ihr Antrag wurde in einer Plenarsitzung des "Generalraths" verhandelt. Herr Döblin, der Vorsitzende des Unterstützungsvereins der Buchdrucker, war selbst in dieser Sitzung und motivirte den Antrag. Statt eines einstimmigen Votums für die Buchdrucker fand über den Antrag eine lange Diskussion statt, die nach dem "Correspondent" Herrn Döblin zu der Bemerkung veranlaßte, daß er noch lieber mit Prinzipalen verhandle als wie mit solchen "Arbeiter"vertretern. Der freizügige Berg gebar darauf das Mäusel, daß ein Antrag, den Buchdruckern 3000 M zu bewilligen, mit 12 gegen 8 Stimmen angenommen wurde. Weiter wurde beschlossen, die Mitglieder zu freiwilligen Sammlungen aufzufordern.

Wer nun etwa glaubt, daß die Buchdrucker diese Summe sofort erhielten, ist erst recht auf dem Holzwege. In derselben Nummer des "Regulator" (Nr. 2 vom 8. Januar), in der sich das Protokoll über diese Generalrathssitzung befindet, ist auch ein Aufruf an die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins enthalten, in dem ihnen der Beschluß bezüglich der 3000 M mitgeteilt wird. Weiter heißt es: "Da der Generalrath aber glaubte nicht eigenmächtig vorgehen zu sollen, da hier Gelder an außerhalb unserer Organisation stehende Arbeiter abgegeben werden sollen und unsere Statuten in Bezug auf Arbeitsstellen sehr strenge Vorschriften enthalten, so wurde beschlossen, diese Frage einer allgemeinen Mitgliederabstimmung zu unterbreiten."

Damit aber die Mitglieder ja nicht im Zweifel waren, wie sie stimmen sollen, wurde seitens des Sekretärs Mauch in dem Aufruf gleich Eingangs in nicht mißzuverstehender Weise ein Wink mit dem Zaunpfahl gegeben, indem mit gepirxter Schrift darauf aufmerksam gemacht wurde, daß der Unterstützungsverein deutscher Buchdrucker nicht zum Verbands deutscher Gewerkschaften gehöre.

Wir wissen nun zwar noch nicht, wie das Resultat der Mitgliederabstimmung gewesen ist, glauben aber nicht fehlzugehen, wenn wir annehmen, daß der Antrag auf Gewährung der 3000 M abgelehnt ist (inzwischen kam die Beendigung des Streiks sehr gelegen); es ist dies aus verschiedenen Berichten zu schließen, die in den Nummern 5 und 6 des "Regulator" enthalten sind. Diese Berichte sind der Art, daß wir sie auszugswiese wiedergeben müssen, damit weitere Kreise darüber Kenntniß erhalten, welsch' korrumpirter Geist, welche Unwissenheit in diesen Gewerkschaften verkörpert ist. Wir beginnen mit Berlin, dem Sitz des "Generalraths". Da heißt es in Nr. 5 des "Regulator": "Der zweite Punkt der Tagesordnung war die Abstimmung über den Antrag des Generalraths, betreffend Unterstützung der streikenden Buchdrucker. An der Debatte daran nahmen gleichfalls viele der anwesenden Theil, die weitaus größere Hälfte der Redner sprach sich gegen die Unterstützung aus und waren bei der Abstimmung 12 Stimmen dafür und 29 dagegen." Bevor dieser Beschluß gefaßt wurde, renommierte Herr Mauch in einem Vortrage, daß die Gewerkschaften mehr leisten als die Fachvereine, was er damit "bewies", daß sein Gewerkschaftsmitglied bei 21,000 Mitgliedern im letzten Jahre 28,000 M Unterstützung geleistet habe. Eine lächerlich geringe Summe!

In Jena führte die Debatte dahin, daß, da der Streik offiziell für beendet erklärt ist, sich die Unterstützung als überflüssig erweise. Im Gewerkschaftsverein seien selbst unterstützungsbedürftige Mitglieder, bei denen diese 3000 M eine bessere Verwendung finden würden. "Auch wurde hervorgehoben — wir zitieren wörtlich — daß durch die Bewilligung die Unter-

stütkungskasse in eine Streikkasse umgewandelt würde, und wie somit den Gegnern die Mittel an die Hand geben, unser Prinzip besser bekämpfen zu können. Auch ist es ganz gleich, ob wir bewilligen oder nicht, die Gegner bilden sich doch Stoff zu Auseinandersetzungen, warum sollen wir denn hierfür noch 3000 M zahlen. Es wurde beschlossen, nicht zu bewilligen." — Diese Senner sind Pracht-Exemplare. Erst glauben sie, daß sie mit der Bewilligung den Gegnern — es können nur die Unternehmer dabei gemeint sein — Mittel zur Bekämpfung der Gewerkschaft an die Hand geben, um dann gleich darauf zu entdecken, daß sich die Gegner auch Stoff zu Auseinandersetzungen bilden, wenn nicht bewilligt wird. Ergo wird nicht bewilligt!

Die Greifswalder Mitglieder "können nicht umhin, dem Generatrat ihr Befremden über die unsern Mitgliedern zugemuthete (!) Unterstützung der streikenden Buchdrucker auszusprechen. Es wird den Vereinen bei jeder Gelegenheit die größtmögliche Sparsamkeit empfohlen und jetzt sollten wir für eine uns fremde und vollständig verlorene Sache 3000 M opfern?" ... "Die Maschinenbauer, die sonst grundsätzlich, 'wie so oft betont worden', Gegner der Streiks sind, sollen nun einen solchen unterstützen und dann noch einer Vereinigung gegenüber, die uns immer fern gestanden hat. Hätte es sich um einen dem Verbandsangehörigen Gewerkschaft gehandelt, so ließe sich darüber diskutieren." — Hier wirkte also der von Herrn Mauch gegebene "Wink". Nachdem dann noch betont ist, daß "wir uns selbst die Nächsten sind", wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die große Majorität gegen die Bewilligung votiren und dadurch für die Zukunft allen derartigen Ansprüchen von vornherein jede Aussicht auf Erfolg nehmen wird. —

In Oldenburg wurde der Antrag abgelehnt, weil laut Revers die Mitglieder des Gewerkschafts der Maschinenbau- und Metallarbeiter verpflichtet sind, "sozialdemokratische Bestrebungen nicht zu unterstützen; daß aber die Buchdruckerbewegung ganz und gar in das 'rothe Lager' übergegangen ist, liegt doch klar zu Tage." Dann werden den Buchdruckern "gute Lehren" erteilt und vom eignen beschränkten Horizont aus geschlossen, daß die Buchdrucker, wenn der Gewerkschaft sie einmal um Unterstützung angehen würde, sich mit den "Harmoniebuslern" nicht solidarisch erklären, sondern an Dr. Max Hirsch verweisen würden. Betreffs des "Harmoniebuslers" mögen die Deutschen recht haben, sicher aber nicht betreffs der Unterstützung, vorausgesetzt natürlich, daß diese "Mannesfeelen" überhaupt jemals zu einem Streik den Muth geschenkt bekommen, denn sie selbst haben keinen solchen. Zum Schluß erklären die Oldenburger: "Sollte das Mitgetheilte als Egoismus aufgefaßt werden, so müssen wir das über uns ergehen lassen, wie glauben hiermit zum Besten des Vereins gehandelt zu haben."

Aus Weifenfels schreibt ein "Ernst Schmalz": "Da die Buchdrucker nun nicht zum Verband der deutschen Gewerkschaften gehören, der größte Theil vielmehr einer ganz anderen Richtung angehört, so muß man sich die Sache gründlich überlegen, ehe man dem Antrage beistimmt." Und nun "überlegt" der Filz, daß die Buchdrucker doch eigentlich schon recht viel verdienen, sie hätten es sich zweimal überlegen sollen, den Streik anzufangen (woher sollte dieser Edele auch wissen, daß er von den Prinzipalen provoziert wurde), den Mitgliedern falle es schwer, die Beiträge aufzubringen und "diese Herren" fahren gleich hoch hinaus und zahlen 24 M die Woche, hätten sie die Hälfte gezahlt, so hätte

sich noch darüber reden lassen. Also — läßt sich nicht darüber reden.

Aus Strum heißt es: "Man muß sich unwillkürlich fragen: Wie ist's möglich, daß ein solcher Antrag sogar mit 12 Stimmen (im 'Generalrathe') angenommen wird. Wie bestreiten dem Generalrathe das Recht, an außer unserer Vereinigung stehende Vereine Gelder zu verabsolgen, wie dies Herr Trabert mir nichts dir nichts beabsichtigte." ...

"Verwunderung und Staunen muß der letzte Theil des Antrages Mauch erregen. Wie ist es zu vereinbaren, daß unsere Mitglieder einer außerhalb des Gewerkschafts stehenden Vereinigung durch Sammlungen in den Ortsvereinen Unterstützung gewähren sollen" ...

"In erster Linie sollten sich die Buchdrucker an ihre außer des Vereins stehenden Berufsgenossen, und dies ist jedenfalls eine sehr große Zahl, um Unterstützung wenden, denn überall geht das Gewerbe seinen Gang, diese stehen ihnen doch jedenfalls näher und haben im günstigen Fall, früher oder später mit Nutzen von den Vortheilen, welche eben durch den Streik erlangen werden sollen. Die Sache ist eine verlorene und scheiterte hauptsächlich an der alten und ewigen Uneinigkeit deutscher Arbeiter, selbst im eigenen Berufe." —

O sancta simplicitas! Im selben Augenblick, wo man der Uneinigkeit "im eigenen Berufe" die Schuld am Mißlingen des Streiks gibt, ertheilt man den Streikenden den Rath, sich an diejenigen um Unterstützung zu wenden, die durch ihr Weiterarbeiten den Streik vereitelten. Diese Elemente besitzen doch ebensowenig Solidarität wie die Herren Gewerkschafter, die sich ja auch zu den "deutschen Arbeitern" zählen, durch deren "alte und ewige Uneinigkeit" die Sache scheiterte.

In Sterkrade war man der Meinung, daß man keine Veranlassung hätte, eine so hohe (!) Summe, welche die Arbeiter sich abgedarbt und mühsam zusammengebracht haben, so leicht auszugeben. Sämmtliche Mitglieder stimmten gegen die Bewilligung. — Also abgedarbt haben sich die Arbeiter in Sterkrade das Geld. Nun, da müssen die Verhältnisse in St. allerdings sehr schlecht sein. Das hindert jedoch durchaus nicht, am Schluß des Berichts zu sagen: "Die Arbeitsverhältnisse sind hier selbst im Allgemeinen zufriedenstellend" — und diese elende Wortmacherei wird dann unmitttelbar fortgesetzt: "obwohl ja viele Mitglieder mit der schon seit langer Zeit herrschenden Theuerung aller Lebensmittel arg zu kämpfen haben." —

Aus Nr. 6 des "Regulator" erfahren wir aus Buzlau: "Zu der Angelegenheit, Unterstützung der Buchdrucker, bemerken die Unterzeichneten, daß man sich doch wundern muß, wenn wir für eine sozialdemokratische Vereinigung aus unserer Klasse Gelder geben sollen. Dieses geht denn doch gegen die Prinzipien unserer Organisation, gegen unseren Revers ... Wir haben in unserer Mitte genug Kollegen, die der Hilfe bedürftig sind. Denken wir an diese und nicht an Fremde."

In Grndtebrück wurde der Antrag einstimmig abgelehnt. Das gleiche Schicksal passirte ihm in Heilbronn gegen 1 Stimme. Natürlich ließ man es auch da nicht an guten Lehren für die Buchdrucker fehlen. — Aus Heilbronn wird geschrieben, daß "wohl jedes Mitglied auf der Hut sein und bedenken wird die Worte, welche unser Generalsekretär in der Versammlung der 9 und 15 Markt-Krankenkasse gesagt hat, als vom Ausschuss der Antrag gestellt wurde, 5000 M aus der Generalratskasse der Krankenkasse zu überweisen. Er sagte: eine Klasse, welche nicht selbst bestehen könne, sei auch nicht werth, daß sie existire."

Und eine tief sinnige Weisheit krant der Berichterstatter damit aus, daß er sagt: "Da unser Generalrathe eine strenge Berufskrennung durchgeföhrt hat (wonach Nichtmetallarbeiter nicht mehr aufgenommen werden. Red.) so können wir auch kein Geld an Nicht-Berufsvereine abgeben." Wie gut war also die "Berufskrennung"!

Zum Schluß: Magdeburg macht eine Ausnahme mit der Bewilligung. Es heißt im Bericht: "Von verschiedenen Seiten wurde das Faktiren der Buchdrucker mit der Sozialdemokratie scharf getadelt. Ebenso die nicht berechnete Forderung der verkürzten Arbeitszeit mit der gleichzeitigen Lohnerhöhung. Hierdurch allein habe man den Sieg des Streikes in Frage gestellt. Im Uebrigen war man geneigt, die Summe von 3000 M zu bewilligen, selbst auf die Gefahr hin, von den jetzigen sozialdemokratischen Buchdruckern in ähnlichen Fällen eine Gegenleistung nicht erwarten zu dürfen."

Aus dem Mitgetheilten ist zu ersehen, welcher "Geist" in den Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften herrscht. Der "Correspondent" bespricht diese Vorkommnisse gleichfalls; er meint betreffs der Ablehnung des Antrages:

"Nun, es ist das gute Recht der Leute, wir wollen sie deshalb nicht tabeln. Aber verlangen konnte man, daß sie zugleich mit ihrem Geld auch ihre dem Skandal entwachsene, die Buchdrucker beleidigende Weisheit für sich behalten! Bedurften sie einer Entschuldigung für die Fälscheret, so hätten sie dieselbe doch etnigermassen den gewerkschaftlichen Grundsätzen anpassen müssen."

"Gewerkschaftliche Grundsätze"! Wir müssen dem "Correspondent" in diesem Punkte widersprechen. Die "gewerkschaftlichen Grundsätze" offenbaren sich mit photographischer Treue in den mitgetheilten Beschüssen. Die Gewerkschaften sollen nach der Absicht der Gründer eine Welt für sich bilden. Bedinglich um Gimpel zu fangen, bestrich man die Ruthe mit dem Seim: "Grundsätze". Täuschung, Irreföhrtung der Arbeiter, das ist der wahre Zweck der "Deutschen Gewerkschaften".

Die schwarzen Listen und der Boykott.

In der Reichstags-Sitzung am 13. Januar wies der Abgeordnete Frohme darauf hin, daß auf dem Gebiete der Kinderarbeit und der weiblichen Nachtarbeit die Kontrolle durchaus unzulänglich sei, weshalb eine Vermehrung der Fabrikinspektoren unbedingt verlangt werden müsse. Im Fortgange der Debatte wurde dann über schwarze Listen und Boykott im Besonderen, wie über das Verhältniß zwischen dem Arbeiter und dem Unternehmer im Allgemeinen eine Menge Falsches vorgebracht.

Der deutschfreisinnige Abgeordnete Schrader erklärte: Es ist keine Frage, daß vom geschäftlichen Standpunkte aus der Unternehmer das Recht hat, seine Arbeiter zu wählen wie er will, eine andere Frage aber ist, ob es von einem höheren Standpunkte aus zu billigen ist, Arbeiter wegen ihrer politischen und religiösen Ueberzeugung brodlos zu machen.

Es ist immerhin bemerkenswerth, daß sogar ein deutschfreisinniger Abgeordneter neben dem geschäftlichen noch einen anderen Standpunkt gelten läßt, den er selbst als einen "höheren" bezeichnet. Wenn es aber dem Freisinnigen, trotzdem er einen höheren Standpunkt anerkennt, fraglich bleibt, ob ein Arbeiter wegen seiner politischen oder religiösen Ueberzeugung brodlos gemacht werden dürfe, so befindet er sich dabei in Unkenntniß der sittlichen Pflichten oder im Gegensatz zu denselben.

Zur Sittlichkeit gehört das ganze Verhältniß des Menschen zum Menschen, ihre Voraussetzung ist die Anerkennung der Gleichheit alles dessen, was Menschenantkitz trägt. Das schließt wahre Sittlichkeit im Klassenstaate schon vollständig aus. Die Sittlichkeit hat im Klassenstaate nicht mehr Bedeutung, wie wirkliches Christenthum im "christlichen" Staat.

Der freisinnige Abgeordnete Schrader konstruirt zwei Standpunkte, den Standpunkt des Geschäfts und einen "höheren", den er seinem Wesen nach nicht bezeichnet. Ein sittlicher Standpunkt verlangt als Unterlage das Recht. Nicht das brutale Faustrecht der Macht, sondern das sittliche Recht der Gleichberechtigung des Nächsten. Der Standpunkt des Geschäfts steht im Arbeiter eine käufliche Waare, von diesem Standpunkte aus hat der Unternehmer heute allerdings die Macht, seine Arbeiter zu wählen wie er will. Aber der Arbeiter bleibt auch im Arbeitsverhältniß ein Mensch, dem seine Menschenrechte durch den Arbeitsvertrag weder entzogen werden können noch geraubt werden dürfen. Dieser Standpunkt des unverlierbaren und unveräußerlichen Menschenrechts kann es doch nur sein, den der Abgeordnete Schrader als den höheren bezeichnet. Achtung des gleichen Rechts des Andern ist das höchste sittliche Gesetz.

Von jeher hat Derjenige für den größten aller Lumpen gegolten, welcher seine Meinung um äußerer Vortheile willen verkauft. Diese Selbsterniedrigung, die sich als nichts anderes darstellt, als die Prostitution der Männlichkeit, muthet der Unternehmer denjenigen seiner Arbeiter zu, die er um ihrer politischen und religiösen Ueberzeugung willen brodlos zu machen droht. Ja mehr als das.

Der Arbeiter hat keine Familie, er liebt sie nicht minder als der Unternehmer die seinige. Diese Familie wird gleichzeitig dem Glend überantwortet, wenn das Familienhaupt sich das Recht der eigenen Meinung wahren will und deshalb auf's Pflaster geworfen wird. Und nicht genug, daß der Unternehmer für sich selbst das Recht in Anspruch nimmt, den Arbeiter brodlos zu machen, ganze Familien in's Glend zu jagen, durch die schwarzen Listen sorgt er auch dafür, daß der Gemahregelte überhaupt nicht wieder aus dem Glend herauskommt. Wenn heut kleine Gruppen von Unternehmern sich vereinigen dürfen, um unbequeme Meinungen aus ihren Arbeitsräumen zu entfernen und fern zu halten, muß man dann nicht dem ganzen Unternehmertum das Recht der Koalition in diesem Sinne zugestehen? Und wenn sich alle Unternehmer vereinigen, um keinen Sozialdemokraten zu beschäftigen, dann kann doch das nur zwei Resultate haben. Man zwingt die Arbeiter, ihre Meinung äußerlich abzuschwören, und damit zur Heuchelei, oder man verurtheilt sie mit Weib und Kind zum Hungertode. Der ganze Ekel, den der Mensch empfindet, wenn er sich das pfäffliche Kollegium bei Galiläi vorstellt, erfährt die Seele bei dem Gedanken an die schwarzen Listen, durch welche man den Arbeiter um das Einzige bringen möchte, was er vor den Lastthieren voraus hat, um die eigene Meinung. Gibt es im Bereich des Sittlichen einen Ausdruck, der das bezeichnet, was die schwarzen Listen sind?

Und wenn nun der Kapitalismus durch die Hungertur, die er über den selbstdenkenden Arbeiter verhängt, wirklich erreicht, daß schwache Seelen öffentlich ihre Meinung abschwören, glaubt er dadurch wirklich diese Meinung aus der Welt gebracht zu haben?

Wohl ist der Kapitalismus schnell mit dem Wort bei der Hand: Hilf Dir selbst! Dieses Wort ist blutiger Hohn für den, dem es gesagt wird, und eine

Injanie von dem, der es gebraucht. Wer dieses Wort dem brodlosen Arbeiter zurnst, steht auf der sittlichen Höhe des Menschen, der einen andern an Händen und Füßen gebunden in den Ozean wirft und im Fortschreiten den guten Rath ausspricht: „Hilf Dir selbst.“ Kann der Arbeiter sich selbst helfen? Gibt es im Laube noch irgend ein Stückchen Erde, welchem der Mensch, der arbeiten will, seinen Unterhalt abgewinnen darf? Die gesamte Arbeitsmöglichkeit ist durch das Kapital gesperrt, so daß Niemand arbeiten kann, wenn das Kapital nicht will. Das koalierte Kapital hat die Macht, jeden wegen seiner politischen Meinung dem Hungertode zu überantworten. Darf man diese Macht als ein Recht bezeichnen? Ist es wirklich keine Frage, daß der Unternehmer sich seine Arbeiter wählen kann, wie er will?

Man sieht die Jesuiten an, weil ihnen der Zweck das Mittel heilig macht, während sie die Heiligkeit des Zweckes selbst bestimmen. Der Kapitalismus entwirft sich über diesen Grundsatz der Jesuiten. Ein Sturm der bedrängten Moral bewegt die Köpfe, wenn von Aufhebung des Ausweisungsgesetzes für Jesuiten die Rede ist. Aber dieselben Leute, welche sich über das Wort entristen, handeln genau nach demselben Grundsatz. Ihr Zweck ist, Aufhäufung von Kapital, Ausbeutung der Arbeit, Genuß des Lebens in höchster Potenz. Diesem Zweck ist jedes Mittel heilig. Unterdrückung fremder Meinung, Verurtheilung zum Hunger durch schwarze Listen, Auslieferung an die Prostitution, um das Leben zu retten.

Welcher Unterschied besteht eigentlich zwischen den Kegergerichten des Peter Arbues und dem System der schwarzen Listen? Dort Denunziation wegen einer religiösen Meinung, die zugleich eine politische war, heimliches Gericht, Folter, Scheiterhaufen. Hier Denunziation wegen einer politischen Meinung, die zugleich eine religiöse ist, heimliches Gericht, erzwungene Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend ganzer Familien, Entehrung, Tod.

Der Abgeordnete Rösche ist auch kein Freund der Maßregelung von Arbeitern, aber er meint doch, daß die Unternehmer in vollem Recht sind, wenn sie sich ihrerseits durch Verbindungen gegen die Arbeiter zu schützen suchen, die sie schädigen wollen.

Ja, welcher Arbeiter will denn die Unternehmer persönlich schädigen? Ist jemals auch nur der Versuch gemacht, den Nachweis zu führen, daß ein Sozialdemokrat als solcher ein schlechterer Arbeiter ist, als ein Nichtsozialdemokrat? Aber das ist eben die seltsame Logik, mit der man sich zu helfen sucht. Wenn der Arbeiter den Neunstundentag verlangt, damit er nicht schon in jungen Jahren körperlich und geistig zum Krüppel wird, dann sagt der Unternehmer: Du willst mich schädigen, hinaus! Durch Minge, Subventionen, Bölle und Prämien sind die Preise der Produkte in die Höhe getrieben. Beanprucht nun der Arbeiter für seine Leistung einen Lohn, mit dem er sich und seine Familie nothdürftig erhalten kann, dann sagt der Unternehmer: Du willst mich schädigen, hinaus mit Dir! Und damit Dir die Luft vergeht, von Neunstundentag und Lohnerhöhung zu reden, habe ich mich mit den anderen Unternehmern verbunden. Durch Hunger sollst Du lernen, daß man das Kapital nicht schädigen darf. Das Kapital hält ja nur die unruhigen Elemente fern, damit in den humanen „Anstalten für alleinstehende Frauenzimmer“ besser eine strikte Disziplin aufrecht erhalten werden kann. Das ist die Logik des Kapitals.

Und außerdem: Karnidel hat angefangen. Die Sozialdemokraten hohkotteten auch, sagt das Kapital. Als ob nicht Jeder mann ganz genau wüßte, daß das

Kapital die Sozialdemokratie dadurch „geistig“ zu bekämpfen sucht, daß es die Wirthschaft direkt und indirekt veranlaßt hat, ihre Säle den sozialistischen Versammlungen zu verschließen. Wenn aber dann die Sozialdemokraten zu dem Wirth sagen: Willst Du nicht, daß wir uns in Deinen Räumen alle versammeln, so wollen wir auch nicht einzeln kommen, und wenn der Brauerei erklärt wird: Wenn Deine Säle für uns zu schade sind, so wollen wir auch Dein Bier nicht, wenn ferner Dein Bierabnehmer uns nicht bei sich sehen will, so kauft Du auch Dein Bier behalten, dann hat Karnidel angefangen, dann haben die Sozialdemokraten hohkottet. Hat die Sozialdemokratie jemals verlangt, die Wirthschaft, bei denen Versammlungen gehalten werden sollten, müßten sich zum sozialistischen Programm bekennen? Ist den Direktoren und Aktionären der Brauereien jemals das Ansehen gestellt worden, daß sie Sozialdemokraten werden sollten?

Darin aber liegt es. Wirthschaft und Brauereien, freiwillig oder gezwungen, erklären durch Verweigerung der Säle zu sozialistischen Versammlungen: Eure Gesellschaft paßt uns nicht. Das Versammlungsrecht und das Recht der freien Meinungsäußerung ist aber verfassungsmäßig garantiert. Weil man sie an der Ausübung dieses Rechtes hindert, erklären die Sozialdemokraten, gut, wir kommen nicht wieder, bis Euch unsere Gesellschaft passen wird. Die Sozialdemokraten handeln da nur als anständige Leute, die ein Lokal nicht bestreiten, aus dem man sie mit ihren Freunden hinausgeworfen hat.

Anderer aber liegt es mit der Aussperrung aus den Arbeitsräumen. Da heißt es, wenn Du bei mir arbeiten willst, dann hast Du Dich von Deinen Freunden loszusagen, hast Dich von allen Bestrebungen und Vereinigungen fernzuhalten, die Dein Bestes bezwecken, hast Deine Meinung (womöglich schriftlich) aufzugeben und die Deines Arbeitgeberers und Herrn anzunehmen. Willst Du das nicht, dann wirst Du nicht nur bei mir hinausgeworfen, sondern bekommst überhaupt keine Arbeit wieder, denn wir haben uns vereinigt, uns gegen die Arbeiter zu „schützen“. Wenn Du hungrig genug bist, wenn Deine Frau das Letzte auf's Leihamt getragen hat, wenn Deine Kinder nach Brod schreien, dann komme wieder und schwöre Deine Meinung ab, eher nicht. Ist das recht? Ist das christlich? Ist das sittlich? Ist das menschlich?

Der Arbeiter, der ein Bierlokal nicht besucht, weil man ihn und seinen Freunden verbietet, ihre Meinung darin auszutauschen, verteidigt sein Recht als Mensch und als Staatsbürger. Wer einen Arbeiter zwingen will, seine Meinung aufzugeben, wer auf Grund „schwarzer Listen“ Familien brodlos macht und in's Elend liefert, wadet im schmutzigsten Schlamm der Unsitlichkeit. Das ist der Unterschied.

Und sie bewegt sich doch! sagte Galiläi mit gebäuerter Faust, nachdem er geschworen. Und sie bewegt sich doch! sagen auch wir. Es gibt keinen Stillstand in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Die Uhr des Jahrhunderts hat zum Schläge ausgehoben. Das neue Jahrhundert wird aufgehen über einem freien Geschlecht und mit Grauen wird man zurückdenken an Verhältnisse, unter denen es möglich war, ganze Familien in Elend und Hunger zu treiben um ihrer Meinung willen.

„Vorwärts“.

Korrespondenzen.

Klempner.

Altona. Sektion der Klempner. Mitglieder-Versammlung vom 26. Januar. Beim 1. Punkt: Angelegenheit Hemme, stellt Damsch den Antrag auf Uebergang zur Tagesord-

nung, weil der Kollege Hemme nicht anwesend, und dieses in den beiden vorhergehenden Versammlungen schon genügen besprochen sei. Die Versammlung beschloß dringlich. Beim 2. Punkt: Bericht des Kassirers, verlas derselbe derselbe die referirten Mitglieder und konstatierte, daß 34 Mitglieder mit ihren Beiträgen im Rückstand sind. Der 3. Punkt: Abrechnung, ergab einen früheren Kassenbestand von M. 35,48, dazu 18 Beiträge à 30 S gleich 3,90, 406 Beiträge à 15 S gleich 60,90, macht eine Einnahme von 100,28, davon 33 1/2 Proz. für die Ausgabe gleich 22,21, an die Hauptkasse eingezahlt 44,55, bleibt ein Kassenbestand von 33 57. Markenbestand 394 Stüd. Zahl der Mitglieder vor der Abrechnung 93, neu aufgenommenen 14, jetzige Mitgliederzahl 107. 4. Punkt: Wahl von Delegirten zum Gewerkschaftskongreß. Nachdem der Vorsitzende die vorgeschlagenen Personen namhaft gemacht, wurde die Wahl bis zur nächsten Versammlung verschoben. Ueber den 5. Punkt: Arbeitsnachweis, entspann sich eine hitzige Debatte, in der hauptsächlich über den Vorstand hergezogen wurde, indem sich der Vorsitzende und der Schriftführer gegen den Arbeitsnachweis vergangen haben sollen. Nachdem dieses richtig gestellt wurde eine Kommission von 3 Mann, Grohn, Siegrad und Jahn gewählt, zur Ausarbeitung eines Reglements. Bei Verschiedenes beschränkte sich die Sitzung, daß die Geschäfte mit dem Theile der 100 M in's Protokoll aufgenommen sei und in der „Metallarbeiter-Zeitung“ gestanden hätte. Von den anwesenden Zingiefern wurde dieses dahin berichtet, daß dieselben die 100 M nicht unter sich getheilt, sondern dem Sparklub der Zingiefer überlesen und zur Unterstützung Zugerister verbandt hätten. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten erledigt und für einige Werkstellen Delegirte gewählt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Frankfurt a. M. Die Generalversammlung der Sektion der Spengler, welche am 30. Januar in der Centralhalle stattfand, war leider schwach besucht, obwohl jedes Mitglied per Karte eingeladen war. Auf der Tagesordnung standen: 1) Aufnahme und Eingahlung. 2) Bericht des Kassirers. 3) Wahl eines Delegirten zum Gewerkschaftskongreß. 4) Auflösung der Sektion und Uebertritt in die allgemeine Verwaltung. 5) Fragelasten, Verschiedenes. Nachdem die Versammlung eröffnet, gab der Bevollmächtigte bekannt, daß die Gleisener Kollegen ihr Stützungsfest feiern und wünscht er denselben ein Glückwunschtelegramm zu senden. Dies findet jedoch keinen Anklang, da es wohl angebracht sei, für die hier ausgesperrten Buchdrucker und arbeitslosen Kollegen etwas zu thun. Nachdem der erste Punkt erledigt, erstattete der Kassirer Bericht über die Einnahmen und Ausgaben seit September und Oktober betragen die Einnahmen M. 73,20, die Ausgaben M. 48,20, für November und Dezember die Einnahmen M. 71,85, die Ausgaben M. 80,80. Gesamteinnahme M. 145,05, Gesamtausgaben M. 129,02, Kassenbestand am 31. Dezember M. 16,03. Nachdem die Revisoren die Möglichkeit der Klasse bestätigten, wurde dem Kassirer durch Erheben von den Plägen Decharge erteilt. Zum 3. Punkt spricht Kollege Heinemann seine Mißbilligung über das Vorgehen der Hanauer Metallarbeiter betreffs der Wahl Krämers zum Gewerkschaftskongreß aus. Nachdem die fünf Namen der aufgestellten Kandidaten bekannt gegeben, wird Kollege Berger gewählt. Der vierte Punkt, Auflösung der Sektion, führt zu einer lebhaften Debatte. Heinemann beantragt Uebergang zum nächsten Punkt der Tagesordnung. Dies wird abgelehnt mit Hinweisung auf die schon öfters gestellten Fragen, welche aber kein bestimmtes Resultat lieferten. Es war somit angebracht, dies mit auf die Tagesordnung zu setzen und eher Diskussion sei es wohl werth. Von verschiedenen Rednern wurde geltend gemacht, doch endlich den Klagenfall zu lassen, da derselbe unter den Spenglern hier noch sehr vorherrschend ist. Auch in Anbetracht der schwachen Betheiligung an den Versammlungen, wie in letzter Zeit vorgekommen, daß sogar eine Versammlung nicht stattfand, sei es wohl angebracht, die Sektion aufzulösen, und alle, Mann für Mann, in die allgemeine Verwaltung überzutreten. Hierdurch würden dem Verbands erhebliche Kosten gespart. Die verschiedenen Redner, welche gegen die Auflösung waren, betonten, daß die jetzige Zeitperiode ein Gewinn sei, weshalb die Versammlungen so schwach besucht seien, ferner bei der Auflösung nicht mal die Hälfte mit übertreten würden. Zwei Resolutionen, welche eingelesen waren, wurden verlesen, die eine für, die andere gegen die Auflösung der Sektion. Da die erste die weisgerberste, wird darüber abgestimmt, wird aber abgelehnt. Somit wird die Sektion sich vorläufig des Weiterbestehens erfreuen. Zum Verschiedenen wird beantragt, die Ergänzungswahl der Orts-

verwaltung mit auf die nächste Tagesordnung zu setzen, da der Bevollmächtigte, sowie zwei Beisitzer ihr Amt niederlegen. Dies wird angenommen. Nachdem noch verschiedene Fragen beantwortet und die Wahl eines Vertrauensmannes vorgenommen, wird die Versammlung geschlossen.

Metallarbeiter.

Berlin. Der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend hielt am 31. Januar seine ordentliche Generalversammlung in Orschel's Salon, Sebastianstraße, ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des Abiedens der Kollegen Genl, Höhne, Schmitz und Rodel; die Versammlung ergrte das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plägen. Hierauf erstattete der Kassirer den vierteljährigen Kassenbericht. Die Einnahmen betragen von Anfang Oktober bis Ende Dezember, inkl. des vorhanden gewesenen Kassenbestandes M. 7125,33, die Ausgaben M. 3029,68, es verbleibt somit ein Bestand von M. 4095,65. Die Durchschlußzahlung des eingekauften Treisegegens an zugewiesene Kollegen belief sich im Berichtsjahr auf M. 237. Dem Kassirer wurde Decharge erteilt. Die Abrechnung vom Winterbergaugen ergab vorläufig ein Defizit von M. 25,06, es seien indeß noch einige Billets aus, so daß sich daselbe noch etwas erniedrigen dürfte. Ein Antrag des Kollegen Selchow, zur Kontrolle dieser Abrechnung eine Extra-Revisionskommission zu wählen, wurde abgelehnt und dieses den jetzigen Revisoren überlassen. Alshann wählte man den Kollegen Schmid zum 2. Vorsitzenden. Das Unterstüßungsgesuch eines Kollegiers wurde nach kurzer Debatte abgelehnt; der Antrag der Rechtschutzkommission, einen Kollegen Rechtsbeistand zu gewähren, fand Annahme. Betreffs des Herbergsweilens führte Kollege Rake aus, daß die Kommission nochmals mit Herrn Stramm Rücksprache genommen, aber kein sicheres Versprechen erhalten habe, ob auch zu jeder Zeit für die Kollegen des Verbandes ein Unterkommen vorhanden sei. Es wurde demzufolge von diesem Lokal Abstand genommen und statt dessen das Lokal des Kollegen Siegemund, Eisenbahnstr. 20, empfohlen, welcher erklärte, dasselbe als Verkehrslokal zur Verfügung stellen zu wollen. Zur Deckung vorläufiger Aufkosten bewilligte die Versammlung 200 M. Zur Abhaltung eines Sommerfestes wurde das vom Dekonomen zum 16. Juli angebotene Lokal „Neue Welt“ akzeptirt; dem Vorstand sind die vorläufigen weiteren Abmachungen mit demselben überlassen. Zum Schluß ersuchte Kollege Gerlich die Mitglieder zum regeren Abonnement auf die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“.

Berlin. Am 16. Januar fand eine Versammlung des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend (Gruppe Drahtarbeiter) statt. Kollege Gerlich sprach über die stündige Arbeitszeit und führte ungefähr Folgendes aus: Die Lohnbewegung der Buchdrucker habe wiederum den Beweis geliefert, daß Streiks gegen das bereinigte Unternehmertum immer schwieriger zu gewinnen seien. Die Buchdrucker hätten selbst nicht gewußt, wie groß eigentlich die Arbeitslosigkeit in ihrem Gewerbe sei, weil ein großer Theil der im Buchdruckerergewerbe keine Beschäftigung findenden sich anderweitig ihren Erwerb suchen mußten. Als aber der Streik ausbrach, benutzten dieselben sofort die Gelegenheit, in der Buchdrucker Arbeit zu erhalten, und so sind es gerade diese Leute gewesen, welche den Streik illusorisch machten. Auch die Regierung habe einen großen Theil mit dazu beigetragen durch das Verbot, die Unterstützung nicht mehr aus der Vereinskasse zu zahlen, doch könne man von einem Klassenstaat nichts anderes verlangen, weil er zu arg mit dem Kapitalismus verwaschen sei. Daß die Verkürzung der Arbeitszeit unbedingt nöthig ist, sehen die Kapitalisten in ihrer Beschränktheit nicht ein. Dadurch, daß alle Arbeit haben, werde doch die Konsumtionsfähigkeit gehoben und könne in Folge dessen mehr produziert werden. Es sei doch keineswegs menschlich, einen großen Theil dem Vagabundenthum zu überliefern, man solle für Alle Arbeit schaffen, dann brauue man auch keinen mehr wegen Arbeitsfurchen und Betteln einzusperrn. In Anstalten sei die achtstündige Arbeitszeit bereits gesetzlich eingeführt. In seinen weiteren Ausführungen ging der Redner näher auf die Verhältnisse der Drahtarbeiter ein und war der Meinung, daß die Durchführung des stündigen Arbeitstages bei den Drahtarbeitern wohl am ersten erreichbar wäre, wenn sich jeder Einzelne der uns noch indifferent gegenüberstehenden Kollegen uns anschließen würde. Den Berliner Metallarbeitern thue es sehr noth, auch mal wieder einen Sieg zu erringen und ihre früheren Niederlagen auszugleichen. Doch müsse man vor derlei Dingen eine Statistik ausarbeiten, um die Verhältnisse dieser Branche kennen zu lernen, um die Berechtigung der Verkürzung der Arbeitszeit vor der Öffentlichkeit zu beweisen

zu können. Eine im Sinne des Vortrages gefällte Resolution fand einstimmige Annahme. An der Diskussion beteiligte sich Kollege Mübe und legte derselbe den Kollegen ans Herz, die Fragebogen wahrheitsgemäß zu beantworten. Er wünschte auch, daß die in den Provinzen leistungsfähigen Kollegen sich immer mehr an die Organisation anschließen mögen, damit wir im Stande sind, unsere Forderungen durchzuführen zu können. Nachdem noch einige Kollegen ihre Ansichten klar legten, schloß Kollege Weise um halb 1 Uhr die Versammlung mit einem Appell an die Kollegen, zur Kräftigung des Verbandes mit beitragen zu helfen. Hierauf traten noch 9 Drahtarbeiter dem Verbands bei.

Dresden. Am 23. Januar fand im „Trianon“ eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1) Der Halberstädter Gewerkschaftskongress und seine Bedeutung, 2) Situationsbericht des Vertrauensmannes. Zum ersten Punkt hatte Kollege Haad das Referat übernommen. Derselbe gab in leicht verständlicher Weise einen historischen Rückblick auf die Gewerkschaftsbewegung und schilderte die Notwendigkeit der Beschäftigung des Halberstädter Kongresses seitens der Metallarbeiter auf Grund der vom Verbandsvorstande veröffentlichten Bekanntmachung. Eine diesbezügliche Resolution fand einstimmige Annahme. Als Delegierte wurden die Kollegen Haad und Schanze vorgeschlagen und beschlossen, daß an der ersten genannten Person auf jeden Fall festzuhalten ist. Aus dem Bericht des Vertrauensmannes ging die erfreuliche Tatsache hervor, daß der Verband, trotz der kurzen Dauer seines Bestehens, in Dresden schon ca. 800 Mitglieder zählt, worunter 20 weibliche zu rechnen sind. Besonders interessant war die vom Kollegen Schanze abgefasste Berufs- und Altersstatistik der Verbandsmitglieder, welche deutlich zeigte, wie niedrig das Durchschnittsalter der Metallarbeiter ist. Hieran schloß sich eine längere Debatte, in welcher ein Kollege die überaus traurige Lage der Metallarbeiter schilderte, die durch die Ausbeutungswuth der Unternehmer verschlimmert wird, da in dieser Branche die Behringsgücherei eine ganz bedeutende sei. Nach einer an die Kollegen gerichteten Aufforderung, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für den Verband einzutreten und zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Essen. Wenn in letzter Zeit von der hiesigen Verwaltungsstelle des D. M. V. in dieser Zeitung nichts berichtet wurde, so darf man deshalb nicht glauben, es sei kein richtiges Leben in unserer Organisation; im Gegenteil: wir können konstatieren, daß es eine Freude ist, unsere Versammlungen zu besuchen und sich die lebhaften Debatten anzuhören. Außerdem wird von den Kollegen in allen Werkstätten eine Agitation betrieben, wie sie nicht besser sein kann, in Folge dessen sich unsere Mitgliederzahl auch fortwährend erfreulich steigert, was um so höher anzuschlagen ist, wenn wir bedenken, wie sehr wir gerade hier mit den Ultramontanen zu kämpfen haben. In der letzten, am 29. Januar stattgefundenen Mitglieder-Versammlung stand die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress auf der Tagesordnung, und wurden die beiden vorgeschlagenen Kandidaten einstimmig gewählt. Hierauf wurde ein Antrag der Verwaltung debattiert, welcher besagt, daß den 8 Wochen mit den Beiträgen rückständig gebliebenen Mitgliedern keine Bücher vom Bibliothekar zu verabsorgen sind. Nach lebhaftem Für und Wider wurde der Antrag angenommen, nachdem Thiel einen Gegenantrag mit der Motivierung zurückgezogen, er sehe ein, die Mitglieder unterzögen sich gern der Kontrolle des Bibliothekars und der Wille der Majorität sei für ihn stets maßgebend. Im weiteren Verlaufe der Versammlung ersuchte Kassierer Germer die Mitglieder, das Herbergswesen zu beachten, da bis jetzt in dieser Hinsicht wenig geschehen sei. Er befürwortet die Gründung einer Zentralherberge für die hiesigen Organisationen, und möchte man zu diesem Zwecke eine Kommission wählen. Thiel weist den Vorwurf, den er aus den Worten Germers gegen die bestehende Herbergskommission herausföhle, als vollständig ungerechtfertigt entschieden zurück, er hätte stets ein warmes Herz für die reisenden Kollegen gehabt, aber bei den hiesigen Verhältnissen wäre nichts zu thun gewesen; dieses hätte er in einer früheren Versammlung schon mitgetheilt und darauf hin hätte man beschlossen, die Kommission bestehen zu lassen, aber außer Thätigkeit zu setzen. Gatte Germer den Vorschlag, Gründung einer Zentralherberge, nicht gemacht, so hätte er es gethan. Die Versammlung beauftragte nun die bestehende Herbergskommission, sich mit den übrigen organisierten Gewerkschaften in Verbindung zu setzen. Es wurde ferner ein von der vorigen Versammlung zurückgehaltener Vorschlag: Abhaltung eines allgemeinen Gewerkschafts-Sommerfestes, beraten. Es entspann sich bei diesem Punkte eine äußerst lebhafteste Debatte, und wurde von

einzelnen Rednern ein allgemeines Gewerkschaftsfest fortwährend mit einem Sommerfest unserer Verwaltungsstelle verwechselt. Nach mehrfacher Erläuterung wurde die Theilnahme an einem gemeinschaftlichen Sommerfest beschlossen, und dürfte dasselbe nicht am 1. Mai gefeiert werden. Zum Schluß machte der Bevollmächtigte auf eine hiesige ultramontane Zeitung aufmerksam, welche in einem Artikel die katholischen Arbeiter aufforderte, sich den Arbeiterorganisationen anzuschließen und sich derselben zu bemächtigen. Er ersucht die Mitglieder, ihre Arbeitskollegen in jeder Hinsicht auszuklären und unterzieht die Stellungnahme vorgenannter Zeitung zum Buchdruckerstreik einer Kritik. Nachdem zu diesem Punkte noch mehrere Redner gesprochen, wurde die Versammlung geschlossen.

Gevelsberg. Traurige Zustände existieren hier, sowohl in Betreff der Organisation, wie der Arbeitsverhältnisse. Organisations hat so recht wieder die letzte Versammlung gegeben, welche von — 8 Mitgliedern inkl. der Verwaltung besetzt war, weshalb die Wahl der Ortsverwaltung wieder aufgeschoben werden mußte. Die hiesigen Arbeiter sind zu unselbstständig, sie möchten wohl, andererseits fürchten sie die sogenannte Strich-Dunder'sche Meisterschaft, was sie hier durchgängig ist. Ja, wenn es einmal ein Fest gibt, dann müssen sie dabei sein, um die Gesellschaft zu retten. Die Herren sagen nachher, ja unsere Leute, die verdienen viel Geld, die können immer noch Abendbrot à Portion 1 M und ein paar Flaschen Wein à 2—3 M sich leisten. Bei der Weinfestigkeit geht Alles per Du und Du, aber bei der Arbeit, da schaut's nachher ganz anders aus. Da wird gedrückt und abgezweckt, wo es nur geht, und dann geklagt über die schlechten Zeiten. Da möchten die Herren die Wabe am liebsten zumachen, wenn sie nicht bloß „ihren Arbeitern zu Liebe“ arbeiten ließen. Sie selbst wollten ja gerne „Noth leiden“, werden dabei aber alle Tage dicker. Die Arbeiter sehen nicht ein, wo der Fehler liegt, im Gegentheil, sie befehlen sich untereinander, einer sucht die Arbeit immer billiger zu machen als der andere, damit er „bevorzugt“ wird, die Wahrheit über die Preisverhältnisse sagen sie sich gegenseitig nicht, sondern jeder übt in seine Tasche und die Herren sitzen dabei im Trüben ihre — „Verluste“ zusammen. Kürzlich ist es passiert, daß ein Meister, welcher zugleich Vorsitzender des Strich-Dunder'schen Gewerbevereins ist, einem Former, welcher ihn meldete, er hätte seine Arbeit fertig, zur Antwort gab: „Sch bin schon lange fertig.“ Ja gewiß, das stimmt, der ist schon fertig, wenn er des Morgens kommt und wenn es Abend ist, hat er seine Märklein doch. Aber der Arbeiter, welcher hier größtentheils im Afford steht, wenn er halbe Tage lang hinter solchen Herren herlaufen muß, hat Abends nicht in nöthiges Futter verdient. Also, Kollegen und Mitarbeiter, nehmt Euch dies zu Herzen und tretet geschlossen dem deutschen Metallarbeiter-Verband bei, nur wenn alle Kollegen sich daran beteiligen und auch Opfer bringen, dann wird es besser werden.

Göppingen. In einer gut besuchten Versammlung wurde folgende Resolution gefaßt: Die am 22. Januar im Gasthaus zum Hirsch tagende Versammlung der Verwaltungsstelle Göppingen des D. M. V. spricht sich entschieden gegen den Entwurf der Generalkommission aus, empfiehlt dagegen die von der Zeitung des Vertrauensmannes-Verbandes erlassene Resolution. — Als Delegierte nach Halberstadt wurden Junge und Thiele vorgeschlagen.

Greif. Die Arbeiter in der Maschinenfabrik am Bahnhof werden gegenwärtig von ihrem sogenannten Meister in ganz ungebührlicher Weise behandelt. Nicht genug, daß die Arbeiter der dort herrschenden Affordarbeit und somit der Ueberproduktion wegen verkürzte Arbeitszeit haben und dadurch geschädigt werden, ist es genannter Meister, welcher die Arbeiter noch mehr zu schädigen sucht, indem er, sobald das Signal zur Arbeit ertönt, auch schon an der Markentafel steht und nun alle diejenigen Nummern, welche noch nicht abgenommen sind, notirt, wofür ein jeder Arbeiter, den es angeht, am Sonntage mit einer halben Stunde Lohnabzug und noch extra 20 M Strafe zu büßen hat. Am letzten Sonntage sollen es ungefähr vierzig Arbeiter gewesen sein, welche sich dieser Maßregelung zu unterwerfen hatten, trotzdem die Fabrikordnung besagt, daß ein jeder Arbeiter erst 5 Minuten nach dem Signal sich an seiner Arbeitsstelle zu befinden hat. Demnach wird also selbst von dem Meister die Fabrikordnung seines „Arbeitgebers“ mit Füßen getreten. Natürlich denkt dieser Mensch durch solche Manipulationen bei seinem „Arbeitgeber“ höher in Gunst und Gnade zu kommen.

Hannstedt. Am 26. Januar hielt die hiesige Verwaltungsstelle eine Extra-Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: 1) Berlesung des Protokolls der letzten Versammlung, 2) Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung, 3) Vor-

schlag ein s Delegierten zum Gewerkschaftskongress, 4) Vortrag: Ueber enalische Gewerkschafts-Bewegung, 5) Verschiedenes, 6) Fragekasten. Nachdem der erste Punkt erledigt war, ließen sich zum 2. Punkt zwei Kollegen aufnehmen. Als Kandidat zur Delegiertenwahl wurde Kollege G. Braun-jewitz einstimmig vorgeschlagen. Dann referirte Kollege: Schmieding in sehr lehrreicher Weise über den Fortschritt der Technik im Spinn- und Webereibetrieb. Alsdann unterzog er das Gewebe des eisernen Schiffbaues einer Betrachtung. Weiter besprach Redner dann die Arbeiterbewegung. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten geregelt waren, wurde die Versammlung geschlossen. In der am 30. Januar stattgefundenen Mitglieder-Versammlung wurde Kollege G. Braun-jewitz als Delegierter zum Gewerkschaftskongress einstimmig gewählt. — Alle anliegenden Zahlstellen werden eruchtet, die reisenden Kollegen auf unsere Herberge zum Bindenhof aufmerksam zu machen, da von sehr Vielen die Herberge zur Heimat aufgesucht wird.

Haser-Werthauer. Da der Bevollmächtigte und der Kassierer sowie 6 Mitglieder der hiesigen Verwaltungsstelle gemäß regelt wurden, so fand am 10. Januar eine Neuwahl statt. Es wurden gewählt: als Bevollmächtigter Heinrich Stäcker, Haspe, Latmstr. 8, als Kassierer Fritz Schomborn, v. Aldr. C. R. Reddermann, Westerndauer b. Haspe. Alle Sendungen an den Kassierer.

Heidenheim. In der am 31. Januar abgehaltenen General-Versammlung der hiesigen Verwaltungsstelle des D. M. V. erstattete zum ersten Punkt der Bevollmächtigte Brodworm in klaren und sinnreichen Worten Bericht über die halbjährige Thätigkeit der Verwaltungsstelle. Zum zweiten Punkt erledigte Kassierer Reuler den Kassenbericht vom 1. August bis 31. Dezember 1901. Zum dritten Punkt, Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung, gingen aus der Wahl folgende Kollegen hervor: als Bevollmächtigter Franz Brodworm, als Kassierer Gottlieb Reuler, als Schriftführer und erster Revisor Friedrich Umrath, als weitere Revisoren Matth. Hühler und Georg Schneider. — Nachdem der Bevollmächtigte in Betreff der Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress referirte, wurden als Delegierte A. Junge-Stuttgart und Thiele-Göppingen einstimmig gewählt. Nachdem noch verschiedene innere Angelegenheiten der Verwaltungsstelle geregelt, forderte der Bevollmächtigte die Kollegen auf, kräftig an agitieren, daß der Verband blühe und gedeihe, denn vereinzelt sind wir nicht, vereint sind wir Alles. Gegen 8 Uhr wurde die gut besuchte Versammlung mit einem dreifach donnernden Hoch auf den deutschen Metallarbeiter-Verband geschlossen. Wir fordern die Kollegen auf, sich bei jeder Versammlung so zahlreich einzufinden.

Hagen. Am 17. Januar fand im Lokale des Herrn Steinbauer in Ulpe eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Genosse König aus Remscheid über: „Die gegenwärtige Krisis in der Metall-Industrie und ihre Wirkung auf die Arbeitsverhältnisse“ referirte. Redner gab zuerst ein anschauliches Bild von der Entwicklung der Industrie bis zu ihrer jetzigen Höhe. Durch die planlose Produktion entstehen die Krisen, bei welchen der Arbeiter den größten Schaden hat. Die Krisen kehren unter der jetzigen kapitalistischen Produktionsweise periodisch wieder. Redner schilderte nun ausführlich das traurige Loos des Arbeiters in Folge der Arbeitslosigkeit und zeigte ferner, was ein Arbeiter verdienen muß, um einigermassen anständig leben zu können. Da sei es denn Aufgabe der Arbeiter, auf Mittel zur Abhilfe bedacht zu sein. Das erste derselben sei die gewerkschaftliche Organisation. Dieser beizutreten, sei jedes Arbeiters Pflicht. Wenn Alle sich um ein Banner scharen, so wird auch etwas erreicht werden. Redner führte folgendes Beispiel an: 5 Mann versuchen einen schweren Stein zu heben, drei Diann schauen ihnen mit verängstigten Armen zu und sagen: „Was sich die plagen, das nicht ja doch nichts.“ Würden diese drei aber mit ansetzen, so würde der Stein leicht gehoben werden. So geht's auch in der Arbeiterbewegung, die große Masse sieht ruhig zu, wie die Minderheit sich abmüht, bessere Verhältnisse zu erkämpfen. Deshalb müßten sich auch die Metallarbeiter von Hagen sammt und sonders dem Metallarbeiter-Verbande anschließen. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und stellt es sich die Metallarbeiter zur Aufgabe, energisch für die Verwaltungsstelle Hagen des deutschen Metallarbeiterverbandes einzutreten und nach Kräften dahin zu agitieren, um unsere Existenz in der Hochburg Gagen Richter's besser und sicherer zu stellen.“

— Dann kam die Preisreduzierung in den hiesigen Feilenbauereien um 2 1/2 resp. 5 Proz. zur Sprache, wurde aber für eine weitere Versammlung vertagt. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf den Metallarbeiter-Verband.

Hagen. Am 24. Januar fand eine Mitgliederversammlung des D. M. V. statt mit folgender Tagesordnung: 1) Zahlung der Beiträge, Aufnahme neuer Mitglieder, 2) Vorschläge zum Delegierten zum Gewerkschaftskongress, 3) Erledigung des Antrages aus voriger Versammlung, 4) Verschiedenes. Nachdem der erste Punkt erledigt, wurde der zweite Punkt wegen noch zu schwachen Besuchs zurückgestellt und ging man zum dritten Punkt der Tagesordnung über. In voriger Versammlung wurde vom Bevollmächtigten die in Nr. 2 der „D. M. V.“ bekannt gegebene Resolution zur Debatte gestellt, doch wurde von Kollege Nordt beantragt, dies zur nächsten Versammlung zu vertagen mit der Begründung, daß die meisten Mitglieder noch keine Kenntniss davon hätten, ja zum großen Theil noch nicht im Besitz der Zeitung wären. Nachdem heute vom Bevollmächtigten die Resolution vorgelesen, wurde von verchiedenen Seiten hervorgehoben, daß wir Mitglieder des D. M. V. nicht auch wie bei den anderen Organisationen den in Prospektform herausgegebenen Organisationsentwurf der Generalkommission erhalten hätten, und so fährt Kollege Nordt aus, es kann doch kein Grund sein, daß wir Metallarbeiter bis zum 1. August o. J. unter dem Vertrauensmannen-System bestanden hätten, sind doch bereits 33,000 organisierte Metallarbeiter in der Statistik angegeben. Nachdem sich noch verchiedene Kollegen darüber geäußert, wurde über die in Nummer 2 der „D. M. V.“ bekannt gegebene Resolution abgestimmt und einstimmig angenommen. Zum zweiten Punkt wurde von Kollege Gagen Kollege Ernst Stathagen als Delegierter vorgeschlagen. Zu Verschiedenes wurde vom Vorstand beauftragt, wegen der Zeitungslospostage und Entgegennahme von Beiträgen Bezirksvertrauensleute zu wählen, welches von Kollege Nordt begriffen wurde, da eine allgemeine Summe hier in Betreff der Zeitung am Plage wäre; derselbe fügte noch hinzu, auf jeder Fabrik einen unter sich zu wählen, welcher an seine Kollegen die Zeitung abgibt. Nachdem sich Kollege Kramer dagegen ausgesprochen, indem er anführte, daß dadurch leicht Mißregelungen vorkommen könnten, wurde von Kollege Ball folgende Resolution eingebracht und angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung des D. M. V. verpflichtet die Mitglieder der einzelnen Werkstätten, einen Vertrauensmann zu wählen, der die Zeitungslospostage und die Entgegennahme der Beiträge zu regeln hat.“ Ferner wurde von Kollege Nordt beauftragt, den Vereins- und Versammlungskalender zu benutzen, um dadurch die Zeitungsannonce in hiesigen Zeitungen zu sparen. Hierauf wurde die Bekanntmachung des Zentralvorstandes, betr. Reiseunterstützung, erörtert und wurde angeführt, daß eine Reiseunterstützung bis zu 25 M nicht genüge, diese wäre in einer Zeit von 3—4 Wochen erhoben und unsere Kollegen würden dann doch der Bettelei anheimfallen und eventuell den Arbeitshäusern bei der jetzigen klauen Geschäftszeit verfallen. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich mit der Bekanntmachung des Zentralvorstandes, daß den reisenden Mitgliedern nicht mehr als 20 M ausbezahlt werden sollen, nicht einverstanden und erincht um Abänderung, denn dadurch würden die Kollegen nach einer Zeit von 4—5 Wochen der allgemeinen Bettelei und der großen Noth anheimfallen und dadurch unserem Verbands nur den Rücken kehren. Falls die Stellenverhältnisse es nicht erlauben, eruchen wir um Einführung einer Extrasteuer.“

Leipzig. Am 31. Januar, Vormittags, fand in dem Saale der Stadt Hannover eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter statt mit der Tagesordnung: 1) Der Halberstädter Gewerkschaftskongress, 2) Wahl resp. Bestätigung der von der Chemnitzer Vertrauensmannen-Konferenz vorgeschlagenen Delegierten, 3) Abrechnung des Vertrauensmannes für Alt-Leipzig. Zum ersten Punkt erhielt Kollege Schiemann das Wort, welcher die Entstehungsurachen des Gewerkschaftskongresses ausführlich schilderte. Die Resolution, welche der Vorstandsvorstand veröffentlicht hat, erkennt er an und hofft, daß dieselbe das Einverständnis des Kongresses finden wird. Ferner spricht sich Redner dahin aus und bedauert, daß so Viele für die Beiträge auch gleich immer etwas haben wollten; sie sehen aber nicht ein, daß ein großer Theil dieser Beiträge an Reiseunterstützung und das Weiter für Vorträge und Bibliothekswende zc. zc. verwandt wird. Kollege Trüllsch bedauert, daß sich die ledigen Kollegen so wenig an der Organisation beteiligen und die verheiratheten Alles in die Hände nehmen müssen, er verlangt für dieselben eine Entschädigung. Kollege Gaus sagt, daß von einer Entschädigung keine Rede sein kann, denn wenn es die Verheiratheten annehmen, thun es dieselben aus Ueberzeugung. Kollege Laufenböhm fordert, daß die Streitigkeiten über die Form der Organisation auf dem Kongress erledigt werden und gibt einige Punkte bekannt,

welche die Kupferschmelze Leipzig an den Kongress schicken werden, dieselben sich aber mit der Resolution des Verbandes in Einklang befinden. Kollege Reichel will die Organisationsfrage so geschaffen wissen, daß nach jeder Seite, wirtschaftlich sowie politisch, Rechnung getragen wird, aber auch so, daß sie der Organisation der Kapitalisten gegenüber gestellt werden kann. Kollege Taubert behauptet, daß von vielen die gewerkschaftliche Bewegung zurückgesetzt und die politische vorgezogen wird. Kollege Brinckel protestiert entschieden dagegen, 22 Delegierte vom Verband auf den Kongress zu schicken, da dies einen Kostenaufwand von 1 1/2-2 tausend Mark verursacht und wir bestimmt mit dem Gelde sparen müssen. Kollege Walzel macht bekannt, daß für Sachsen zwei Delegierte aufgestellt sind und stellt den Antrag, Schiemann-Weipzig und Buchschwerdt-Oheimitz als Delegierte und Schanze-Dresden als Ersatzmann anzunehmen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Zu Punkt 2 erhält Kollege Walzel das Wort zur Abrechnung. Am 31. Dezember 1891 waren es in Leipzig 127 Mitglieder. Einnahme M 281,40, Ausgabe M 222,75. Die Abrechnung wird von den Revisoren als richtig befunden. Ein Antrag des Kollegen Horn: „Da wir in letzter Zeit gesehen haben, was eine stramme Organisation uns Arbeitern für Nutzen bietet, daß wir uns enger zusammenschließen müssen, um der Uebermacht der Kapitalisten gegenüber Front zu machen, so beantrage ich, ein Flugblatt zu verbreiten, um die indifferenten Kollegen mehr in den Metallarbeiter-Verband zu ziehen“, wird einstimmig angenommen und einer Kommission von fünf Mann: Reichel, Schiemann, Taubert, Landgraf und Stiebig zur Ausarbeitung überwiesen. Ferner werden die Kollegen Reibold, Brühlisch und Wolff als Revisoren für den nächsten Abschnitt gewählt. Es wurde dann noch eine Resolution angenommen, welche besagt, daß angesichts des Beschlusses des Halle'schen Parteitag's, daß jeder Arbeiter sich der Gewerkschaftsbewegung anschließen solle, es auf's Schärfste zu beurtheilen ist, daß es noch immer große Kreise derselben fernhalten; ferner, daß es nöthig ist, den Unternehmerverbänden große Arbeiterverbände entgegenzustellen, da die kleinen Organisationen machtlos sind und die Kräfte zersplittert werden.

Magdeburg. In der am 24. Januar abgehaltenen Versammlung sämtlicher Filialen des Metallarbeiter-Verbandes fand zu Punkt 1 Diskussion über die vom Hauptvorstand vorgeschlagene Resolution betreffs der Halberstädter Gewerkschaftskonferenz statt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Als Delegirter für Magdeburg und die dazu gehörigen Orte wurde Kollege Werner vorgeschlagen. Zu Punkt 2, Regelung der Kolportage der „Metallarbeiter-Zeitung“, wurde gewünscht, dieselbe durch die Kolporteurs der „Volksstimme“ besorgen zu lassen. Das Bureau wurde beauftragt, sich mit denselben in Verbindung zu setzen. Zu Punkt 3, Verschiedenes, wurden dem Kollegen Gersmann 10 M bewilligt. Derselbe war beim Neubau, Berlinerstraße, verunglückt und befindet sich in hoffnungslosem Zustande im Krankenhause. Ferner wurde von verschiedenen Seite behauptet, daß die Halle'sche Konferenz nicht beschickt wird und zu gleicher Zeit das Gebahren verschiedener „politischer Größen“ in Bezug auf die Gewerkschaftsbewegung scharf kritisiert. Ebenso wurde das Behaltenswesen besprochen. Mehrere Fabriken wurden angeführt, die zum weitläufigsten Theil Arbeiter beschäftigen. Ein Medner führte Fälle an, wo Lehrlinge Kolonnenführer spielen. Auf der anderen Seite wurde auch wieder hervorgehoben, daß das heutige Wirtschaftssystem und notwendiger Weise zu solchen Zuständen führen müsse; ein jeder wolle seine Kinder etwas lernen lassen, und so werden bei der heutigen weit entwickelten Technik die Kinder die Konkurrenz des Vaters. Ein anderer Medner besprach die Schädlichkeit der Kleinbetriebe, welche die Arbeit von den größeren Fabriken übernehmen. Hierdurch kommt es nun, daß die Arbeiter der Kleinbetriebe die Arbeit um die Hälfte billiger liefern müssen, und so werden dieselben zu den ärgsten Lohnbrüchern gegenüber ihren Kollegen in den Großbetrieben. Die Kleinbetriebe suchen in wüthender Konkurrenz die Preise gegenseitig herunterzudrücken, um die Arbeit zu bekommen, und das alles auf Kosten der Arbeiter. Medner führt aus eigenen Erlebnissen einige Zahlen über die geforderten Preise und gezahlten Arbeitslöhne an, und wie viel verschiedene Arbeiter dabei pro Stunde verdienen haben, was allgemeine Entrüstung hervorrief. Weiter wurde ausgeführt, daß man die gewerkschaftliche Bewegung durchaus nicht überschätzen dürfe. Es ist bald unmöglich, durch Streiks u. dergl. etwas zu erreichen, deshalb aber darf man vor etwaigen Streiks durchaus nicht zurückweichen, mögen dieselben ausfallen, wie sie wollen, die Massen werden dadurch aufgerüttelt und wir rücken unserem Ziele immer näher; der beste Beweis hierfür ist der Buchdruckerstreik.

Oberndorf (Württemberg). Magregerlungen. Zugzug fern zu halten. Bericht folgt.

Reudersburg. Es wird den Lesern erinnerlich sein, daß sich der Kassirer des früheren Metallarbeitervereins einer Unterschlagung von Vereinsgeldern (288 M) schuldig machte. Es schien fast, als sollte dies Vergehen ungestraft verfliegen. Als am 11. Oktober v. J. in Neumünster die Konferenz der Metallarbeiter Schleswig-Holsteins tagte, wurde durch die Reudersburger Delegirten diese Angelegenheit den Theilnehmern unterbreitet. Durch den überwachenden Beamten wurde selbiges der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, auf Grund dessen gegen W. Anklage wegen Unterschlagung erhoben wurde. Der frühere Vorsitzende Stuch wurde als Zeuge geladen. Da nun W. gegen mehrere Personen Versicherungen wie: „wenn er bestraft werde, würden noch mehr rein fallen“ u. s. w. gethan, so mußte man auf den Ausfall der Verhandlungen gespannt sein. Aber hier bewahrheitete sich das Sprichwort: Hund, die viel belien, belien nicht. Der Angeklagte gestand keine Schuld ein und bat in seiner Verteidigung um milde Bestrafung. Das Urtheil lautete auf 5 Wochen Gefängnis und Ertragung der Kosten. — Jetzt gilt es wieder eine Organisation der Metallarbeiter zu schaffen. Diese Aufgabe hatte sich die am 31. Januar einberufene öffentliche Metallarbeiterversammlung gestellt. Genosse Stuch referirte über: Der deutsche Metallarbeiterverband und die Arbeiter-Kontrollkommission. Nach dem Referat wurde von den 50-60 Personen beschlossen, eine Verwaltungsstelle des D. M. A. V. zu errichten und wurde das Bureau mit den Vorarbeiten betraut. In die Arbeiter-Kontrollkommission wurden ebenfalls 2 Personen gewählt. Jetzt ist es Pflicht eines jeden Metallarbeiters, sich der neuen Organisation anzuschließen, denn vorwärts! rastlos vorwärts! muß unser Streben sein. —

Schweinfurt. In der letzten Mitgliederversammlung wurde in die Ortsverwaltung gewählt: Wilhelm Schöber als Bevollmächtigter, Richard Nollisch als Kassirer, als Revisoren: A. Holzner, Bruno Lange und Alois Gul. Die Reiseunterstützung wird beim Kassirer Richard Nollisch, Jägerbrunn 1, ausbezahlt. Verkehrslokal und Gerberge: „Fränkischer Hof“, Zehentstraße. Nächste Mitgliederversammlung am 20. Febr., Abends 8 Uhr, im Lokal.

Mün. Am 30. Januar fand eine zahlreich besuchte Versammlung des D. M. A. V. statt. Als Delegirte nach Halberstadt wurden Junge und Schlegel gewählt. Die Verlesung des Stassenberichts seit 1. August wurde ohne Widerspruch aufgenommen. Bei Verschiedenes wurden mehrere innere Angelegenheiten erörtert. Der Wunsch ging dahin, in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung zu veranstalten, um für den Verband neue Mitglieder zu gewinnen. Besonders bedauert wurde der Austritt des bewährten Genossen Rangold, welcher wegen Denunziation aus dem Verbande ausgetreten gezwungen war. Dieses Meisterstück hat sein früherer „Arbeiter“, Kupferschmelze G., bei welchem M. 10 Jahre in Arbeit stand, fertig gebracht.

Wiesbaden. Am 30. Januar fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: Wahl eines Vertrauensmannes für Wiesbaden. Vortrag über Gewerbe-Schiedsgerichte. Referent: Genosse Berger aus Frankfurt. Zu Punkt 1 wurde Genosse Heiserich als Vertrauensmann für Wiesbaden gewählt. Zu Punkt 2 erläuterte Genosse Berger in längerem Vortrage die Entstehung der verschiedenen Gerichte und deren Zweck, insbesondere der Gewerbegerichte. Am Schluß des mit allgemeinem Beifalle aufgenommenen Vortrages wurde folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten in Betreff des Gewerbegerichtes voll und ganz einverstanden und beauftragt das Bureau, beim Magistrat dahin wirken zu wollen, daß derselbe sobald als möglich die Errichtung eines Gewerbegerichtes für Wiesbaden in Angriff nimmt.“ Nachdem noch verschiedene Fragen betreffs dieses Gerichtes vom Referenten beantwortet, wurde die Versammlung geschlossen.

Witten. Am 24. Januar hielt die Verwaltungsstelle des D. M. A. V. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nachdem die ersten Punkte erledigt waren, legte ein Kollege klar, wie nöthig es sei, eine Verwaltungsstelle in Anken zu gründen; er führte unter Anderem aus, wie das Kapital sich vertheilt, um die Arbeiter möglichst fern von jeder Organisation zu halten. Die „Arbeitgeber“ spielen sich zwar auf als human und christlich, aber in Wirklichkeit sind sie es nicht. Statt des: Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst, heißt es bei ihnen: Heute Deinen Nächsten aus so gut Du kannst. Tag und Nacht wird drauf los geschuftet und auch des Sonntags, nur möglichst viel auf die Waage zu bringen. Medner knüpfte hieran ein Beispiel. Als die Arbeiter

sich mal vereinigen, um des Sonntags nicht mehr zu arbeiten (das heißt die Dreher), wurden sie mit 10 M bestraft und 3 Mann wurden entlassen. Es wurde beschlossen, am 21. Februar, im Saale des Herrn Brande, eine Versammlung einzuberufen und die Agitation durch Flugblätter zu betreiben. Mit dem Referat wurde Kollege Max König betraut. Im Besonderen wurden folgende Kollegen zum Delegirtenlag nach Halberstadt vorgeschlagen: Max König, Reimold und Hofstätter-Chrenfeld bei Köln. Sodann erstattete die Kommission der Bibliothek Bericht über die ausgewählten Schriften; sämmtliche fanden einstimmige Annahme.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Altona. Die Sektion der Schlosser und Maschinenbauer des D. M. A. V. hielt am 26. Januar ihre Hauptversammlung ab mit der Tagesordnung: 1) Bericht der Ortsverwaltung und der Arbeitsnachweiskommission, 2) Neuwahl derselben, 3) Delegirtenwahl zum Gewerkschaftskongress, 4) Bericht des Hauptvorstandes und Ausschusses verlesen, mit welcher sich alle Mitglieder einverstanden erklärten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich mit der Resolution des Hauptvorstandes und Ausschusses voll und ganz einverstanden, scheidet aber davon ab, den Delegirten ein gebundenes Mandat mitzugeben und erwartet von denselben, daß sie die Interessen der Metallarbeiter voll und ganz vertreten werden.“ Bei der Wahl erzielte die Majorität auf die Genossen Wegger und Schmeer.

Samburg. Der deutsche Metallarbeiter-Verband, Sektion der Schlosser, Dreher und Maschinenbauer, hielt am 19. Januar eine Mitgliederversammlung ab. Nachdem auf Wunsch des Vorsitzenden die Tagesordnung wegen Dringlichkeit verändert, wurde zuerst der Bericht der Ortsverwaltung entgegengenommen und in Folge dessen Schidich Drews noch zur Zentralberlegungskommission zugewählt, sowie nach längerer Debatte Schmeer, Deisinger und Weinheber als Kandidaten zum Gewerkschaftskongress aufgestellt. Hierauf hielt Genosse Stoklassa einen sehr lehrreichen und interessanten Vortrag über „Die Forderung der Wiedergeburt des natürlichen Rechtes“. Lauter Beifall war der Dank der Versammlung. Nach ausführlicher Berichterstattung des Mitgliedes der Herbergskommission, Breideneich, wurde dessen gestellter Antrag betreffs Zentralisierung der Gerberge und des Arbeitsnachweises von allen Sektionen des Metallarbeiter-Verbandes angenommen. Der gleichzeitig vorgelegte Vertragsentwurf, welcher das Herbergswesen regeln soll und wonach der Arbeitsnachweise der Neuzeit entsprechend eingerichtet wird, wurde bis auf einen Paragraphen angenommen. Ueber diesen Paragraphen soll in der kombinierten Versammlung aller Sektionen Stellung genommen werden. Der Gewerkschaftsbericht seitens Ronzners wurde nach längerer Diskussion über das Sammeln von Geldern auf Sammelbogen oder durch Marken angenommen. Der Kassirer Quellwatz legte die Abrechnung der Sektion vor und wurde dieselbe von der Versammlung gleichfalls angenommen. Nachdem der Vorsitzende noch aufgefordert, nach dem Kollegen August Schulz zu forschen, schloß er die Versammlung.

Schmiede.

Cannstatt. Am 30. Januar hielt die Sektion der Schmiede ihre Monatsversammlung ab. Dieselbe war gut besucht und fand die Tagesordnung rasche Erledigung. Bei Punkt „Verschiedenes“ stellte der Vorstand den Antrag, aus dem Ueberschuß der Weihnachtsfeier den gemäßigten Buchdruckern eine gewisse Summe zu übermachen. Der Antrag wurde günstig aufgenommen und wurden 25 M bewilligt. Es ist dies ein Beweis dafür, daß die Schmiede, obwohl sie erst im Begriff sind, sich der modernen Arbeiterbewegung anzuschließen, doch die Solidarität aller Arbeiter zu wahren und zu betheiligen wissen. Die organisierten Schmiede Cannstatts sind zwar noch ein kleines Häuflein, doch darf man erwarten, daß sich die Fernstehenden dem Verband anschließen werden, denn die Erkenntniß bricht sich immer mehr Bahn, daß die gedrückte Lage der Arbeiter nur durch die Arbeiter selbst gebessert werden kann. Der Ausschuss und hauptsächlich der Vorstand gibt sich alle Mühe die Sektion zu einem würdigen Gliede der Organisation heranzubilden.

Feilenhauer.

Magdeburg. Die am 31. Januar stattgefundene Versammlung der Sektion der Feilenhauer beschloß nach angenuommener Delegirtenwahl ihre Auflösung zu Gunsten der allgemeinen Organisation, indem sich in Buchau eine Zahlstelle gebildet und weiter in Eudenburg und Neustadt binnen Kurzem welche gebildet werden. Die Aufzahlung der Reiseunterstützung für Feilenhauer erfolgt von jetzt ab durch die Zahlstelle Magdeburg bei Herrn D. Hoge, Deumhirschstr. 3. Der Arbeitsnachweis verbleibt bis auf Weiteres in den Händen des Kollegen Max Jirkel, jedoch wird die Arbeit nur durch den Auszahler der Reiseunterstützung auf der Gerberge vermittelt. Die Revisanten sei hierdurch mitgeteilt, daß sie ihren Verpflichtungen bis zum 14. Februar bei unserem früheren Kassirer M. Jirkel nachkommen müssen, weil am 15. Februar die Abrechnung mit dem Hauptvorstande erfolgt. Die Umzahlung und Aufnahme in eine andere Zahlstelle kann nicht geschehen, bevor die Beiträge bis zum Tage der Auflösung entrichtet und die ordnungsmäßige Abrechnung im Buch eingetragen ist.

Rosenheim. Die hiesige Verwaltungsstelle, Sektion der Feilenhauer, hielt am 31. Januar ihre Generalversammlung ab. Die Tagesordnung war: 1) Rechnungsbericht, 2) Neuwahl der Ortsbeamten, 3) Wahl eines Delegirten zum Gewerkschaftskongress in Gaidersdorf, 4) Entgegennahme von Anträgen und Anfragen. Nach revidirter und richtig befundener Rechnungsvorlage wurde auf Antrag der Vereinsleitung Genosse Urban in München zum Delegirten nach Halberstadt gewählt. Bezüglich des vierten Punktes der Tagesordnung kam es zu einer längeren Debatte. Es betrifft dies die Reiseunterstützung unseres Verbandes. Von mehreren Genossen verschiedener Branchen, welche auch früher schon Organisationen angehört, wurde vorgeschlagen, daß die Branchenvereine sich bezüglich der Reiseunterstützung besser bewähren hätten, als dies gegenwärtig durch Uebertritt zum deutschen Metallarbeiterverband der Fall ist. (???) Diese Anschauung war so ziemlich eine ungetheilte, weil sie auch in Wirklichkeit auf Wahrheit beruht. (??) Wenn wir nur betrachten, wie bald 25 M., die höchst zu gewöhnliche Unterstützung, eingebracht sind, und wie viele Mitglieder nicht in der Lage sind, innerhalb 4 Wochen Arbeit zu finden, sondern vielmehr monatelang unthätig bleiben müssen, wird uns Niemand freitig machen können, daß reisende Genossen keinen wesentlichen Vortheil verspüren, daß sie Verbandsmitglieder sind. Bei den Branchenorganisationen wurde der Reisende unterstützt, so lange er eben reisend war, und dies war gewiß das Richtige. (??) Eine Verbesserung der Reiseunterstützung müssen wir thunlichst anstreben schon aus dem Grunde, um nicht die bisherigen treuen Gesinnungsgenossen gegebenen Falls selber zu Streifbrechern heranzuziehen. Denn wenn wir nicht solbäthig vorgehen, haben wir von diesen das Gleiche zu erwarten. Die Genossen werden einsehen, daß es uns Mühe kostet, unter solchen Verhältnissen dem Verbände frische Kräfte zuzuführen. Wir wollen weiter nimmer darauf eingehen, trotzdem dies bezüglich noch verschiedene Mangelhaftigkeiten zu beleuchten wären, daß es kein Agitationsmittel ist, ersehen wir nur zu oft aus den Neugierigen bei eigenen Verbandsmitgliedern, welche da lauten, wir treten bei einer derartigen Unterstützung aus dem Verband aus. Auch die überreichlichen Kollegen, von welchen Rosenheim stark berührt wird, erklären sich größtentheils wegwerfend. Wenn wir dann z. B. auch die lange Karenzzeit in's Auge fassen, so müssen wir wiederum zum Schluß kommen, daß dieses ebenfalls einer Änderung bedarf mit mehreren Ausnahmen, und diese Ausnahmen dürften sich hauptsächlich auf die aus der Lehre tretenden jugendlichen Arbeiter beziehen. Wir haben über diesen Punkt schon ziemlich Erfahrungen gemacht, die nicht besonders lobenswerth erscheinen und nach unserer Anschauung einer Regelung bedürfen, welche eben wieder durch eine Änderung des betreffenden Statuts herbeigeführt werden könnte. Da ist es z. B. in München und auch in anderen Städten Usus, daß sich gewisse Herren Arbeitgeber Behrlinge halten, die in der Regel auch den Dienst eines Hausmeisters versehen; sind die 3 oder 4 Jahre Behrzeit vorüber, nimmt man dann den Grundbesitz zur Nichtschmerz: Der Mohr hat seine Schuligkeit gekhan, der Mohr kann gehen. Diese jugendlichen Arbeiter werden entweder sofort oder nach 14 Tagen entlassen, weil man sie gar nicht verwenden kann, ihnen aber dennoch einen Lohn geben soll. Wer da der schuldige Theil ist bezüglich der Unbrauchbarkeit des jungen ausgearbeiteten Arbeiters, überlassen wir dem Urtheil jedes Einzelnen. Diese Fälle wiederholen sich jetzt sehr häufig, besonders scheint's, kommt dieses beim Feilenhauergewerbe sehr zur Geltung. Es ist vorgekommen und kommt vor, daß derartige Ausgebentete trotz

Ihrer schnellen Entfernung aus der Lehrwerkstätte dem Verbands angehört. Aber leider hatten sie nicht so viel Zeit, um statutarisch bezugsberechtigt zu werden. Das es hart ist für einen jungen Menschen, in die Fremde hinausgestoßen zu werden, besonders während der Winterzeit, wissen wir ja. Die Arbeitgeber, wenn auch nicht alle, haben in der Beziehung kein Herz. Darum sehen wir wieder deutlich, daß wir nur auf uns selbst angewiesen sind. Sehr zweckmäßig wäre es, wenn in dieser Hinsicht Anordnungen geschaffen würden, die auch einem dergleichen neulich tretenden Mitglieder zu Nutzen kommen würden, die einen solchen in die Lage setzen, wenigstens teilweise bezugsberechtigt zu sein, insofern er seine unbeschuldete Entlassung nachweisen kann. Somit war der vierte Punkt unserer Tagesordnung erschöpft und stellen die Verbandsangehörigen Rosenheim die Auforderung an die Verwaltungsstellen Deutschlands, für Verbesserung der Unterstützung einzustehen, wenn überhaupt nur möglich, auf daß wir hoffen können, daß diese wichtige Angelegenheit beim nächsten Kongress einer gründlichen Prüfung unterzogen wird.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Da noch verschiedentlich Unklarheit über die Wahl der Delegirten herrscht, wollen wir zunächst nochmals unter Hinweis auf unsere Bekanntmachung in Nr. 3 des Verbandsorgans hier wiederholen, daß die vorgeschlagenen Kandidaten seitens des Centralwahlkomitees (nicht des Verbandsvorstandes, dieser gilt nur für das Königreich Sachsen als Wahlkomitee) den einzelnen Verwaltungen des betreffenden Wahlbezirks bekannt gegeben werden und daß von diesen Kandidatenliste 1, bei größeren, 2000 Mitglieder umfassenden, Wahlbezirken auch 2 Namen auf den mit Ortstempel versehenen Stimmzettel zu schreiben sind. Diese Stimmzettel nebst einem Wahlprotokoll und einer Wählerliste sind spätestens bis zum 15. Februar d. J. an den Vorsitzenden des Centralwahlkomitees einzuliefern.

Im Falle einer unvorhergesehenen Verhinderung eines Delegirten tritt Derjenige als Ersatzdelegirter ein, der nach ihm in dem betr. Wahlbezirk die nächsthöchste Stimmzahl aufweist.

In Betreff der Delegirtensteuer machen wir nochmals bekannt, daß diese von jedem Mitgliede (auch von den auf der Reise befindlichen) im Monat Februar zu erheben und bis spätestens 1. März voll an die Verbandskasse abzuliefern ist.

Es ist mehrfach vorgekommen, daß Einzelmitglieder, die an die Verbandskasse zahlen und die ohne Abmeldung beim Vorstande und ohne Legitimation abreisen, an dem nächsten Verbandsorte die Abmeldung in's Mitgliedsbuch eingetragen und eventuell eine Reiselegitimation ausgestellt erhielten. Dies ist nach den Vorschriften für Reiseunterstützungszähler und -Empfänger, Seite 18 des Mitgliedsbuches, aber nur dann zulässig, wenn die die Abmeldung eintragende Ortsverwaltung umgehend Nachricht von der Abmeldung nach hier gibt (hierzu genügt Postkarte). Wir ersuchen die Verwaltungen, sowie die Einzelmitglieder (die letzteren in ihrem eigenen Interesse) hier genau zu beachten, da wir sonst gezwungen sind, die Namen der ohne Abmeldung Abreisenden zu veröffentlichen, um so die Auszahlung der Unterstützung zu verhindern.

Die Mitgliedsbücher Nr. 2984 des Kupferschmelzers Jos. Volke, geb. 25. Okt. 1861 zu Delbrück, Nr. 6465 des Schlossers Joh. Bogarski, geb. 5. November 1867 zu Grünhagen, Nr. 3808 des Schlossers Robert Kethard, geb. 9. Dezember 1853 zu Gadow, Nr. 12,900 des Schlossers Dewald Blisse, geb. 12. Januar 1870 zu Blegnis, werden für ungültig erklärt.

In Folge verschiedener an uns gerichteter Unterstützungsgehe nach § 2a sehen wir uns zu der Erklärung veranlaßt, daß die Bestimmungen dieses Paragraphen nicht anwendbar bei jeder Arbeitslosigkeit, sondern nur da, wo der Nachweis der Bedürftigkeit thatsächlich erbracht worden ist. Es kann aber in diesen Fällen höchstens eine einmalige, nicht aber eine nach einem bestimmten Satz pro Woche längere Zeit andauernde Unterstützung eintreten, wie das ja aus der auf dem Frankfurter Kongress stat. gefundenen Statutenberatung, in welcher eine regelmäßige Arbeitslosenunterstützung abgelehnt wurde, zur Genüge hervorgeht.

Die Mitglieder: Johann Schönberger, Mechaniker, geb. 7. Februar 1874 zu Nürnberg, Buch-Nr. 24,909 und Wilhelm Boag, Eisenstecher, geb. 7. Dezember 1842 zu Röntgenbrunn, werden hierdurch auf An-

trag der Verwaltungen Nürnberg, Sittion der Mechaniker u. d. v. m. Verussgenossen, und Heidenheim ausgeschlossen.

Da mit dem Jahresabschluss wieder eine Rechnungsperiode schloß, machen wir darauf aufmerksam, daß auf der Abrechnung nur die in den Monaten November und Dezember gemachten Einnahmen und Ausgaben aufgeführt sein dürfen. Vor allen Dingen ist darauf zu achten, daß nur die im November und Dezember an die Verbandskasse gesandten Gelder aufgeführt werden, und daß alle nach dem 31. Dezember 1891 (wirklich am Tage, wo die Abrechnung zusammengestellt wird) eingesandten Gelder auf die folgende Abrechnung (Januar und Februar) gehören.

Es ist genau darauf zu achten, daß die Abrechnungen von der gesamten Ortsverwaltung unterschrieben und mit dem Ortstempel versehen sind.

Die Vertrauensmänner der Orte, wo örtliche Verwaltungsstellen nicht bestehen, haben gelegentlich der Aufstellung der Abrechnung in einer öffentlichen Versammlung der Verbandsmitglieder Revisoren wählen zu lassen, welche die Abrechnung zu prüfen und mit zu unterschreiben haben. Die Tätigkeit dieser Revisoren erstreckt sich nur auf die Fertigstellung der Abrechnung, für die sie gewählt sind und ist keine dauernde.

Vielfach werden von den Ortsbeamten für verlorene Mitgliedsbücher neue, mit anderen Nummern ausgestellt. Dieses ist nicht statthaft, Ersatzbücher stelle nur der Vorstand aus.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß von den nachfolgenden Orten der Zugang der Arbeiter der benannten Verufe fern zu halten ist: Former von Peine, Feilenhauer von Chemnitz, Dresden und Speyer.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse des Hauptkassiers

Ed. Goldbach, Stuttgart, Kurze Str. 8, part.

zu richten, und ist auf dem für Mitteilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überweisens Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken und die Kongressprotokolle ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29).

Abrechnung von der Hauptkasse pro Dezember 1891.

Einnahme. Kassendebent ultimo November M 291,690,95. Von Aachen 46 30. Aalen 100. Altkemnitz 50. Altenburg 300. Altona 150. Ammerbach 62. Ansbach 100. Arnbach 60. Arnstadt 50. Aschaffenburg 50. Aue b. Durlach 30. Augsburg 300. Bayenthal 75. Bayreuth 25. Bergedorf 54,65. Bernau 100. Bettenhausen 50. Bielefeld 70. Biff 280. Bornaheim 400. Büdingen 50. Burgfarnbach 50. Cannstatt 50. Cappel 100. Conweiler 25. Cotha 25. Cüstrin 50. Dietrichsdorf 30. Doos 100. Dortmund 150. Döhlen 60. Dresden-Alstadt 250. Dresden-Neustadt 200. Duisburg 130. Düsseldorf 100. Durlach 60. Dalldorf 60. Edighelm 50. Eilenburg 80,10. Eisingen 86. Eisingen 81,44. Eiserfeld 100. Erfurt 80. Eisingen 300. Faurndau 70. Forchheim 50. Frankenthal 100. Freising 50. Friedberg 32,10. Friedrichsdorf 200. Georgensgand 25. Ginnheim 60. Gmünd 150. Grotzheim 200. Großenhain 50. Glesinach 57. Gummersbach 230. Halle a. d. S. 300. Hamburg (Stadt) 700. Hamburg - Gimsbühl 150. Hamburg-St. Georg 160. Battersheim 175. Heerdt 50. Heidelberg 100. Heidingfeld 65,20. Heilbrunn 180. Hemelingen 150. Hildesheim 35,48. Hörde 150. Hudebe 50. Hüllingeborf 50. Raif 100. Karlsruhe 600. Königsberg i. Pr. 100. Konstanz 46. Kammerspleit 80. Lanaenstätt 90. Leichhausen 50. Lindenthal 65,73. Lünburg 10. List 25,68. Magdeburg 450. Malbrenhelm 66,30. Mainz 250. Mannheim 300. Mannheim-Lindenhof 200. Marzen 90. Meissen 70. Merseid 175. Müllenda 30. Mühlhausen i. Th. 84,00. Mülheim a. Rh. 100. München-Gladbach 130. Münden i. S. 110. Neheim 80. Neustadt i. O. 50. Niederrad 200. Nürnberg 400. Oberbilf 100. Oberpfeifmwig 50. Ochskaufen 50. Offenbach 2 0. Oberwehern 100. Oberbil 50. Begnitz 129,23. Plauen b. Dresden 100. Ratingen 50. Regensburg 200. Reinsdorf 28. Reinsdorf 50. Rhndt 40. Rüdliggen 80. Rodorf 50. Roth a. S. 90. Ruzrot 90. Saalfeld 40. Sachsenhausen 400. Salze 100. Schiffbe 120. Schabus 60. Schramberg 70. Schwarzenberg

71,83. Sieghütte 60. Stolberg i. S. 17,50. Straßdorf 35. Tegel 50. Tettinang 100. Troisdorf 61,48. Uffengheim 40. Unterlochen 35. Velbert 150. Vöngt 100. Waldschaff 30. Waldsee 80. Wehlheiden 50. Weisenau 50. Wettbergen 20. Witten 100. Zeitz 50. Zeulenroda 120. Zschiedge 50. Au Vulkan übergeben: Altdorf 36,65. Reiskirch 70. Reinscheid 450. Schladen 46,10. Siegen 50. Beitrittsgeid von drei Mitgliedern 3,40. Beiträge von einzelnen Mitgliedern 575,50. Abgeordnetensteuer 0,60. Burschbezahlt von Berufsvereinigungen 1260,04. Burschbezahlt Krankengeid 19,65. Buße von J. Meier, Gersheim 20. Buße von E. Hübner, Neustadt i. S. 3,20. Buße von J. Hehl, Ehrwang 0,80. Binsen 360. Vergütung an Porto 27,05. Sonstige Einnahmen 0,50. Summa: M 309,664,76.

Ausgabe. Nach Altdorf-Neustadt-Magdeburg M 50. Aschaffenburg 100. Aue bei Durlach 60. Apolda 50. Barzen 200. Reinsdorf 175. Berlin 1 200. Berlin II 300. Berlin IV 500. Berlin V 200. Berlin VI 1600. Berlin VII 1175. Berlin VIII 1200. Berlin IX 900. Bisingen 170. Beyerdorf 200. Bochum 100. Breslau 30. Breslau 600. Budau 900. Wände 80. Canstatt 150. Charlottenburg 100. Cöln (Nord) 100. Darmstadt 165. Diemitz 50. Ehrenfeld 100. Eibitz 100. Eningen 70. Enkheim 100. Eisingen 80. Fehdenheim 100. Fienburg 300. Flingern 400. Freiburg i. B. 100. Friedrichsdorf 160. Gießen 100. Giesenberg 75. Giesenkirchen 50. Giftha 50. Grafenberg 150. Groß-Ottersleben 100. Hagen 190. Haltern 130. Hamburg - St. Georg 150. Harburg 100. Hedderhelm 100. Höchst a. M. 200. Höhenberg 80. Humboldt-Colonie 200. Kaiserlautern 150. Kappel 100. Langen 70. Lehe 100. Löttau 200. Meibitz 50. Mühlburg 50. Münster 50. Naußitz 50. Neckarau 240. Neustadt a. d. S. 50. Neue-Neustadt-Magdeburg 75. Neuf 250. Neieren 100. Oberhausen 75. Pieschen 200. Plagwitz 200. Plauen 80. Ratibor 80. Ravensburg 50. Reinsdorf 100. Rumpar 50. Rothenburg a. d. T. 70. Rothendtmold 40. Müppurr 20. Siertrabe 150. Schalle 300. Schwandheim 30. Speyer 25. Stuttgart 70. Sudenburg 300. Tempelhof 75. Unterkiederbach 100. Vogelfang 60. Wangen 100. Weingarten b. R. 75. Wiesed 170. Worms 150. Vom Vulkan erhalten: Augsburg 150. Gerford 94. Heumar-Math 50. Lehe 37,63. Krankengeid an: C. Altner, Hamm 42,80. R. Braune, Schindig 17,10. G. Beder, Münster 12,40. W. Bähr, Wesel 17,10. H. Burmeister, Wächlin 17,10. H. Conig, Wilmersdorf 21,15. A. Feldmann, Ragnitz 61,75. G. Gerlach, Altkemnitz 25,85. G. Gluck, Oertrath 28,50. G. Hübner, Neustadt i. S. 50. F. Hofmann, Pregel 80,55. F. Heina, Salzbad 35,90. J. Hehl, Ehrwang 47,65. J. Kaluga, Benschau 52,35. J. Kaiser, Großenbaum 21,80. W. Ludwig, Gerlungen 84,60. D. Marcus, Weilerbach 17,10. R. Müng, Röhrlagen 31,20. G. Müller, Rogersmerba 17,10. H. Neu, Atterndorn 12,40. H. Dued, Zittau 49,35. J. Menzel, Gersheim 182,25. H. Schomburg, Holzschinden 71,15. G. Schuette, Weika 84,60. H. Schulz, Gilstrow 45,30. G. Schulz, Neusatz 26,50. F. Treptowky, Hagenort 14,10. Kurtosen für A. Karger, Frankfurt a. O. 6,90. Für Arznei 0,50. Sterbegeld für J. Lages, Hamburg 100. Gehälter an die Beamten der Hauptverwaltung 671. Für Revision in Berlin 366,05. Für die Revisionskommission 42,25. Porto. Schreibmaterial u. f. w. 209,70. Summa: M 19,269,18.

Bilanz. Einnahme M 309664,76. Ausgabe " 19269,18. Kassendebent M 290395,58. C. Wutenuth, Hauptkassier.

Bekanntmachung. Den Mitgliedern diene zur Kenntnissnahme, daß an Stelle des aus der Revisionskommission ausgeschiedenen Mitgliedes H. Brückner der bisherige Ersatzmann F. Jengahn eingetreten ist. Ferner sei noch hier bemerkt, daß in vielen Fällen die Berufungen an das Schiedsgericht abgewiesen werden müssen, da die Bestimmungen des § 22 abgelehnt werden; ebenso ist es wünschenswerth, etwaigen Berufungen an das Schiedsgericht möglichst ausreichend Beweismaterial beizugeben, um unnötigen Reklamationen und damit Verzögerungen vorzubeugen. Darmbed, im Februar 1892. Mit Gruß J. A. der Revisions-Kommission: F. W. Schauer.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Metall-Arbeiter „Vulkan“ (G. S. 39).

Abrechnung von der Hauptkasse für Monat Dezember 1891. Einnahme. Kassendebent ultimo Novbr. M 6459,21. Von Schramberg, Verlust durch

den früheren Kassier Fischer M 47,98. Derendorf, Verlust durch den früheren Bevollmächtigten Mollenkamp 41,65. Düsseldorf, Verlust durch den früheren Kassier Busch 59,10. Bochum, Verlust durch den früheren Bevollmächtigten Winkelmann 15,99. Aachen 60. Altkemnitz 50. Altona 70. Annen 150. Augsburg 150. Bayenthal 25. Bernau 65. Berlin 4. 100. Berlin 7 75. Bettenhausen 50. Biegingen 60. Bielefeld 280. Bornaheim 150. Cöln a. Rh. 50. Cotha 50. Delstern 50. Dessau 80. Deuben 100. Dietrichsdorf 80. Dortmund 200. Düsseldorf 40. Eise 200. Eiserfeld 80. Erfurt 120. Fienburg 100. Fienheim 50. Frankenthal 100. Freiburg i. S. 40. Gaggenu 150. Gersamühl 37,60. Giesenkirchen 100. Giesen 100. Guldau 50. Gummersbach 50. Halle 50. Hamm a. d. S. 230. Hannover 150. Heilbrunn 40. Hemelingen 100. Hehltau 75. Heumar-Math 50. Hitzelheim 38,05. Hörde 80. Iychoe 40. Kaiserlautern 500. Kaif 100. Karlsruhe 200. Kiel 250. Kirchlunde 60. Königsberg 450. Körlingsdorf 50. Laar 70. Langebronnbach 9. Leichhausen 50. Lehe 97,63. Limmer 50. Lünburg 50. Linden 150. Magdeburg 2,70. Meissen 60. Mörtsch 60. Mühlburg 50. Mühlhausen i. Th. 25,61. Meise 65. Neuf 150. Neuwied 83,73. Nowawes-Neustadt 25. Oberbilf 350. Offenbach a. M. 40. Poischappel 100. Potsdam 30. Rabenau 60. Ratingen 50. Reinsdorf 45. Ruzrot 60. Saalfeld 30. Saarbrücken 170. Schramberg 150. Siegen 100. Sieghütte 100. Sieglar 42. Spandau 14. Steinbeck 29,60. Schwelm 50. Tegel 50. Troisdorf 51. Thale a. S. 100. Vöngt 60. Wasserralingen 70. Wehlheiden 50. Weilerhüsen 100. Wettbergen 30. Witten 50. Würzburg 180. Zeulenroda 84. Zschiedge 50. Beiträge von einzelnen Mitgliedern, Vergütung an Porto und sonstige Einnahmen 155,88. Summa M 15,524,72.

Ausgabe. Nach Schramberg, Verlust durch den früheren Kassier Fischer M 47,98. Derendorf, Verlust durch den früheren Bevollmächtigten Mollenkamp 41,65. Düsseldorf, Verlust durch den früheren Kassier Busch 59,10. Bochum, Verlust durch den früheren Bevollmächtigten Winkelmann 15,99. Altdorf 36,65. Bergedorf 50. Berlin 8 100. Berlin 9 100. Bochum 100. Budau 500. Conweiler 12,91. Darmstadt 100. Derendorf 6. Ehrenfeld 20. Eiseweiler 50. Egenroth 50. Fernersleben 100. Flingern 100. Giesenberg 100. Giesenkirchen 75. Harburg 50. Haspe 130. Heunef 30. Hübner 100. Hilt 75. Mainz 50. Marzen 150. Neustadt-Magdeburg 100. Nürnberg 200. Ratibor 60. Reinsdorf 100. Reiskirchen 70. Reinscheid 450. Reinscheid 60. Mittenscheid 50. Salze 100. Schalle 200. Selbede 50. Steele 100. Thönebeck 30. Sudenburg 450. Tegel 50. Krankengeid an St. Nowad in Ratiborhammer 3,70. An D. Spring in Hamburg 29,50. G. Haber in Eningen 19,20. A. Krieb in Eningen 6,05. J. Friedrichson in Eningen 10,50. Kranken- und Sterbegeld an C. Zwist in Rodas 107,40. Gehalt an die Beamten 410. 1500 Stk auf. Zirkulare 18. Porto und sonstige Ausgaben 59,97. Summa: M 4984,68.

Bilanz. Einnahme M 15,524,72. Ausgabe " 4,984,68. Bestand M 10,540,04. H. Wutenuth, Hauptkassier.

Zum Gewerkschaftskongress.

Um die Prüfung der Mandate der Delegirten zum Gewerkschaftskongress zu erleichtern, hat die unterzeichnete Kommission ein einheitliches Mandatsformular aufertigen lassen. Den Vorständen der Zentralvereine wird eine entsprechende Anzahl solcher Formulare zugehen. Auch die Vertreter der Lokalorganisirter Arbeiter können ein solches Mandatsformular erhalten, und bitten wir dieseligen Vereinen, welche öffentliche Versammlungen zur Wahl von Delegirten zum Kongress einzuberufen gedenken, sich an den Unterzeichneten zu wenden, damit das Mandatsformular in der betreffenden Versammlung zur Stelle ist und von dem Bureau derselben unterschrieben werden kann. Die General-Kommission.

E. Kogler, Hamburg-St. Georg, An der Koppel 79, 1.

Gerichts-Zeitung.

Die Quittungskarte der Alters- und Invalidenversicherung als Pfändungsschlicht. Bestenfalls bestehen wegen der Ausführung und Handhabung des Alters- und Invaliditäts-Gesetzes noch sehr viele verschiedene Ansichten, die unentscheidbar sind, da ja selbst Männer der Gesetzgebung nicht klar daraus werden, was sie eigentlich zurecht gemacht haben. Ein etwas starker Irrthum ist es aber, wenn ein Arbeitgeber soweit geht, die Quittungskarte entgegen der hierüber bestehenden gesetzlichen Bestimmung als Pfändungsgegenstand einzubehalten. Wegen die Bestimmung des § 108, der dem Arbeitgeber

unterjagt, die Quittungskarte nach Einlieferung der Marken wider den Willen des Inhabers zurückzubehalten, hatte der Mannverwalter G. verstoßen und hatte das Schöffengericht der 89. Abteilung, Berlin, hierüber zu urteilen. Der Angeklagte gab im Wesentlichen den Sachverhalt zu. An einem Sonnabend-Abend hatte er bemerkt, daß zwei seiner Arbeiter sich den vollen Wochenlohn hatten auszahlen lassen, trotzdem sie an einem Tage des unaufhörlichen Regens wegen gar nicht arbeiten konnten. G. machte seinen Buchhalter auf den Fehler aufmerksam und beauftragte ihn, den beiden Leuten den zu viel gezahlten Betrag bei der nächsten Lohnzahlung abzugleichen. Als die beiden Arbeiter sich am Montag Morgen wieder einstellten, machte der Buchhalter ihnen von der Bestrafung des Arbeitgebers Mitteilung. Die beiden Leute wollten sich einen Abzug nicht gefallen lassen, sondern legten die Arbeit nieder. Als der Buchhalter seinen Gehilfen mitteilen machte, bestimmte dieser, er solle die Leute laufen lassen, trotzdem diese die vorgezeichnete Stundigungsfrist nicht inne gehalten, er solle die Quittungskarten aber nur gegen Mitzahlung des zuviel erhaltenen Lohnes ausbändigen. Die Arbeiter wollten sich hierauf nicht einlassen, sondern wandten sich an die Polizei. Diese machte den Angeklagten auf das Unzulässige seines Verhaltens aufmerksam. Trotzdem Herr G. sich weigerte, den Arbeitern nunmehr die Karten zu stellen zu lassen, erhielt er dennoch obige Anklage. Der Staatsanwalt hob hervor, daß der Angeklagte zweifelslos aus Unkenntnis gehandelt habe, dies könne ihn bekanntlich aber nicht vor der Bestrafung schützen. Er beantragte eine Geldstrafe von 5 M. Der Gerichtshof fand in den Schluss- und Strafbestimmungen des in Rede stehenden Gesetzes einen Passus, woraus sich eine Freisprechung rechtfertigen ließ. In dem § 148 wird derjenige mit einer Geldstrafe bis zu 300 M. bedroht, welcher dem Berechtigten eine Quittungskarte widerrechtlich vorenthält. Der Gerichtshof legte den Nachdruck auf das „widerrechtlich“. Zweifelslos habe der Angeklagte geglaubt, sich den Leuten gegenüber, welche ohne Weiteres die Arbeit niederklegten, in seinem Rechte zu befinden, und deshalb auch nicht widerrechtlich gehandelt, als er die Karten zurückbehielt. Es wurde deshalb auf Freisprechung erkannt. Es würden unhaltbare Zustände geschaffen werden, wenn der Arbeitgeber bei beliebiger Gelegenheit die Karte behält; der Arbeiter wäre dann mit seiner Altersversicherung fertig oder er finge wieder von vorn an.

Abrechnung

über den Streit bei Schaffner u. Saff in Göttingen.

Einnahme. Göttingen: Auf Listen Nr. 1817, 79. Darlehen einiger Kollegen 1700. Formersack 410. Schloßersack 333, 85. Fackb. b. Weber 297, 50. Fackb. d. Gutmacher 136, 55. Fackb. d. Schuhmacher 68, 72. Fackb. d. Korsettsticker 43, 20. Fackb. d. Zimmerer 24. Fackb. d. Gerber 20, 05. Fackb. d. Holzdreher 19, 20. Fackb. d. Buchbinder 14, 13. Fackb. d. Maurer 9. Maifeier 70. Ungenannt 100. Sängerkreis 30. W. F. B. 99. Stuttgart: Gewerkschaften Nr. 1200. Pfaffen 150. Ruppertschick 15. G. Pf. 291, 74. R. 18, 05. F. 44, 15. Gannstatt: S. 79, 73. W. 31, 21. R. 73, 30. M. 50, 65. Pfaffen 133, 20. Schlosser 10. Modellsticker 10. Zellerfammlung 10, 36. Göttingen: U. 129, 50. R. 5, 50. Sch. 16, 60. F. 21, 25. Weitzer 20. Zellerfammlung 4 1/2. Kornweckheim, Schuhfabrik 3, 50. Heilbronn, Gold- und Silberarbeiter 16, 70. Ludwigsburg S. 25, 60. Ravensburg G. 9. Ulm W. 48. Heidenheim W. 11, 30. Gmünd (Schw.) 52, 31. Gmünd S. 3. Gmünd N. D. B. 20. Geislingen N. 50, 25. Mentlingen S. 45, 25. Meißner 9, 60. Schwemlingen N. 3, 30. Wittingen 7, 65. Hamburg B. 7, 25. Garmner, Klempner 20. Kaiserlautern N. 10. Schalte, Klempner 30. Gießen, Klempner 6. Düsseldorf, Klempner 25. Furtwangen 15. Oberfeld N. 4. Pannheim A. 10. Kassel A. 27, 01. Worms M. 22, 65. Frankfurt, Spengler 25. Altbensburg Sch. 24, 20. Lüdenscheld, Klempner 25. Dambrecht, M.-B. 21, 45. Arbeiter der Metallwarenfabrik 154, 30. G. B. 43, 30. Nürnberg: L. 30. G. 39, 50. Sch. 60. S. 10. R. 14, 90. (?) 9. Augsburg: Formier 25. S. 22. Generalkommission 1000. W. Metzger 730. M. Segitz 450. R. Breder 329, 80. Summa: M. 10, 504, 13.

Ausgabe. Unterstützung M. 9835, 87. Reiseunterstützung 132, 65. Porto, Agitation und Druckkosten 159, 91. Projektkosten 75, 70. Zurückgeblieben Darlehen 300. Summa: M. 10, 504, 13.

Klaimationen sind an S. Ehle, Biegelstraße 28 b zu richten.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dieß' Verlag) ist soeben das

19. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Verehrte Welt. — Der Sozialismus in Deutschland. Von Friedrich Enge's. — Oekonomische Taschenrechner. Eine Lohn- u. Waverklade von J. G. (Schl.) — Alkoholgenuss und Irrensin in Württemberg. — Holzgen. — Feuilleton: Die Festungsbesuche. Eine Mitteilung von Franz Marins. (Fortsetzung.)

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. G. W. Dieß' Verlag) sind aus soeben die Nr. 1 und 2 des 2. Jahrgangs ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummern heben wir hervor: Der Buchdruckerstreik und die Frauen. — Die russischen Revolutionärinnen. — Parocher Wettbewer. — Vortrag Gebet über die soziale Stellung der Frau in der Gegenwart. — Madame Teneos. — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Nachrichten. — Feuilleton: Weihnachten, Erzählung von Minna Klaußly (Fortsetzung). Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 S., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1892 unter Nr. 2664 a) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 55 S.; unter Kreuzband 65 S. Inzeratenpreis die zweispaltige Zeile 20 S.

Briefkasten.

Siegen. Wir haben die Nr. 345 der hiesigen Mitgliedschaft des U.-B. d. Buchdrucker übergeben.

Ch. Weimburg. Auf der Bestellkarte fehlt die Zahl der Exemplare.

Ellenburg. Es ist besser, die „Aufforderung“ unterbleibt, da sie nur böses Blut machen würde.

Neuwied a. Rh. Mitgliedsbücher für ungültig zu erklären, ist nur Sache des Vorstandes. — Die Bestellkarten müssen Sie vom Vorstande verlangen.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. (Um kürzeste Abfassung aller Anzeigen wird erjucht.)

Arnsbach. Sonntag, 14. Febr., Nachm. 3 Uhr, im Verkehrslokale, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung in der Versammlung. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Bernburg. Sonnabend, 20. Februar, Versammlung in der Schlossbrauerei. Tagesordnung in der Versammlung. Die reisenden Mitglieder werden auf § 3a aufmerksam gemacht.

Bortmund. Mittwoch, 17. Februar, Abends halb 9 Uhr, Versammlung auf dem Berge, beim Wirtshaus. L.-D.: Bekanntmachung des Wahlresultats. Bildung einer Gesangsabteilung. Verschiedenes.

Breslau. Die Anmeldung neuer Mitglieder, wie auch Beiträge der Mitglieder, werden in folgenden Lokalen Sonntagabends von 8—10 Uhr Abends entgegengenommen: Beder's Restaurant, Freiburger Platz, (baselst befindet sich auch die Bibliothek). Claus' Restaurant, Schönbrunnstraße 1. Prieschen: Restaurant Schuppen, Leipzigerstr. Strieken: Restaurant zur „Deutschen Eiche“, Straße 1 Nr. 1. Böttau: Restaurant Kämpfe, Bernerstraße. — Die Reiseunterstützung wird ausbezahlt beim Vertrauensmann G. S. Schanze, Saganstraße 13, 2, Abends von 6—7 Uhr. — Sonntag, 14. Febr., öffentliche Mitglieder-Versammlung im Saale des Volksbildungsvereins, Schöpfengasse. L.-D.: Vortrag. Wahl der Delegierten zum Halberstädter Kongress.

Flensburg. Sonntag, 21. Februar, Nachmittags 4 Uhr, Ortsversammlung sämtlicher Sektionen bei Ww. Jost, Ecke Süderfischerstraße. L.-D.: Vortrag des Herrn Feismann über den Buchdruckerstreik und dessen Folgen. Bibliothek. Statistische Fragebogen. Petition an den Zentralvorstand um Abänderung des § 5 unseres Statuts. Innere Verbandsangelegenheiten. Verschiedenes.

Frankfurt a. M. (Sektion d. Spengler.) Samstag, 13. Febr., Abends halb 9 Uhr, in der Zentralbierhalle, Müngasse 22, Mitglieder-Versammlung. L.-D.: Neuwahl der Ortsverwaltung und Stellungnahme zur Bezirksagitation. — Gleichzeitig ersuchen wir den Spengler Philipp Herbst aus Langen, seine Adresse wegen wichtiger Vereinsangelegenheiten an den Bevollmächtigten B. Feismann, Luisenstr. 29, 4, gelangen zu lassen. Vermuthlich ist genannter Kollege in Hamburg. Die Ortsverwaltungen werden hierauf aufmerksam gemacht.

Sera. Die Versammlungen finden Sonntagabends nach dem 1. und 15. eines jeden Monats in Beder's Restaurant statt.

Sveinberg. Sonntag, 14. Februar, Nachm. 5 Uhr, Versammlung bei von

Schuedler, am Kirgana. L.-D.: Beitragszahlung und Aufnahme neuer Mitglieder. Wahl der Ortsverwaltung und Wahl des zukünftigen Vereinslokales. — Die Mitglieder werden ersucht, sich ihrer Pflichten gegen sich selbst bewusst zu werden und allem Plage zu sein, damit endlich die Wahl der Ortsverwaltung zu Stande kommt.

Hamburg. (Sektion der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher u. v. B.) Bevollmächtigter: Ernst Wade, Hamburg Hohenfelde, Neuestr. 60, S. d. 2. L. Stassirer: Th. Wade, Hamburg-Warmstedt, Volksdorfstr. 44. Versammlung jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, Abends 9 Uhr bei Eggers, Flaboiolen (Gulmbacher Verhaas). Nächste Versammlung am 13. Februar.

Hamburg. (Sektion aller in Selbstgeschäften, Gürtlerereien und Metallbrehereien beschäftigten Arbeiter.) Mittwoch, 17. Febr., Abends halb 9 Uhr, bei v. Salzen, Kaffeemacherreihe 6—7, Mitglieder-Versammlung.

Hallerstadt. Sonntag, 14. Februar, Nachm. 4 Uhr, im Hollmann'schen Lokale, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. L.-D.: Bericht von der Hallenser Konferenz. Ref. Leysler. Die Bedeutung des Halberstädter Gewerkschaftskongresses. Ref. Nob. Dahlen. Erhebung der Beiträge und Aufnahme von Mitgliedern.

Hübeck. Wegen der am Mittwoch, den 17. Februar, stattfindenden öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung fällt die Mitglieder-Versammlung an diesem Tage aus. Beiträge werden in der öffentlichen Versammlung entgegen genommen.

Hindn. Montag, 15. Februar, Versammlung im Holländer. L.-D.: Diskussion über die Resolution des Hauptvorstandes. Vortrag. Referent: Sittig. Diskussion. Fragekasten. Die Mitglieder werden auf § 3 Abs. a aufmerksam gemacht.

Humbold a. S. Sonntag, 14. Febr., Nachmittags halb 3 Uhr, öffentliche Versammlung der Einzelmitglieder des D. M.-A.-B. L.-D.: Delegiertenwahl. Revisionswahl.

Neuwied a. Rh. Die Mitglieder-Versammlungen finden jeden Sonntag vor dem 1. und 15. eines Monats, Nachm. 3 Uhr, bei Straß Bölin, Schützstr. 6, statt.

Nürnberg. (Sektion der Werkzeugindustrie.) Sonntag, Früh 10 Uhr, Versammlung der Politiker im Cafe Werk. Nachmittags Vorschlag: Wirkschaft zum Jakobbruder, Luchterstraße.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede.) Samstag, 20. Febr., Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokale, Mitglieder-Versammlung. L.-D. wird im Lokale bekannt gemacht. Sonntag, 21. Febr., Nachm. 2 Uhr, Abfahrt nach Fürth, Zusammenkunft in der Restauration Bild, Wassergrasse, zu einer wichtigen Besprechung mit den Fürther Kollegen. Hierzu werden die Kollegen zu zahlreicher Theilnahme eingeladen.

Nürnberg. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 20. Februar, Abends 8 Uhr, im Cafe Werk, Prechtelgasse, Mitglieder-Versammlung. L.-D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag und Verschiedenes. — Den Mitgliedern zur Kenntniss, daß alle Anfragen, Abmeldungen, Beschwwerden etc. an die Adresse des jetzigen Bevollmächtigten S o b. G r o s s b e r g e r, Dreher, Adamstr. 9, zu richten sind. Demnächst wird das neue Bücherverzeichnis unserer Bibliothek an die Mitglieder hinausgegeben und werden dieselben ersucht, die Bibliothek recht oft in Anspruch zu nehmen. Die Bibliothek ist an jedem Samstagabend von 8—9 Uhr Abends geöffnet. Vorschläge werden nur in der „Fränk. Tagespost“ bekannt gegeben.

Nürnberg. (Sektion der Metallbrüder.) Sonntag, 14. Febr., Vorschlag: Restauration Georg Brätting, Jannitzerstr. 1.

Neumünster. Den Mitgliedern zur Kenntniss, daß die Versammlungen regelmäßig jeden ersten Freitag nach dem 5. und 20. eines jeden Monats bei Kellermann (Ploenerstraße) stattfinden. Gleichzeitiger werden die Mitglieder ersucht, die reisenden Beiträge sowie die Zeitungsgelder zu entrichten.

Ostherleben. Sonnabend, 20. Febr., Abends 8 Uhr, bei Koch (Deutscher Kaiser), Versammlung. Tagesordnung im Lokale. Die Mitglieder werden auf § 3 des Statuts aufmerksam gemacht. — A u f f o r d e r u n g. Ersuche den Dreher Otto Wille aus Magdeburg, seinen Verpflichtungen gegen den Verband nachzukommen und mir seine Adresse bekannt zu geben. H. Dachsorn, Bevollm.

Pforzheim. Der Arbeitsnachweis ist im „Freiburger Tag“, das Vereinslokale im „Goldenen Löwen“. Die Unterstützung wird beim Bevollmächtigten, weilt. Karl Friedrichstraße 3, 2, ausbezahlt, Mittags von 12—1 Uhr und Abends von 7—8 Uhr.

Reine. Das Reisegeld wird jetzt bei R. Kowalewski, Woltorferstr. 15, ausbezahlt. Sonntag, 14. Febr., im Lokale des Herrn Mann, Vereins-Vergnügen, wozu Freunde und Genossen eingeladen sind.

Stuttgart. Samstag, 20. Febr., Versammlung. Das Lokal und die Tagesordnung wird in der „Schwäbischen Tagwacht“ bekannt gemacht.

Tutzingen. Die Reiseunterstützung wird ausbezahlt bei Fr. Strug, zur Glocke. — Samstag, 20. Februar, im Gasthaus zur Sonne, Morat'ser Versammlung.

Wurzen. Allen reisenden Verbandsmitgliedern zur Nachricht, daß ich vom 13. Februar an nicht mehr Schweitzergartenstraße 10, sondern Eilenburgerplatz 5 wohne. — Auch mache ich alle noch reisenden Kollegen auf baldige Bezahlung aufmerksam. W. Bräuer, Vertrauensmann.

Witten. Sonntag, 14. Febr., Abends 5 Uhr, Versammlung bei Fr. Dahn, Herbederstr. L.-D.: Annahme. Zahlung der Beiträge. Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress. Wahl eines Bibliothekars. Verschiedenes.

Zwickau. Zahlung der Beiträge, sowie Zeitungsausgabe und Bibliothek jeden Sonntag von 10—12 Uhr Vormitt. Reiseunterstützung wird ausbezahlt von 12—1/2 Uhr Mittags und von 7—8 Uhr Abends im Verkehrslokale, „Hotel zum goldenen Engel“, Marienstraße.

Annern. Sonntag, 21. Febr., Nachm. 4 Uhr, im Saale des Wirtshaus Brandegger, öffentl. Metallarbeiter-Versammlung. L.-D.: Vortrag. Referent: Max König-Kemschel. Gründung einer Verwaltungsstelle des D. M.-A.-B. Verschiedenes.

Eilenburg. Sonntag, 21. Februar, Nachm. halb 4 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Saale der „Stadt Leipzig“. L.-D.: Bericht der Delegierten über die Metallarbeiter-Konferenz der Provinz Sachsen. Das Gewerkschaftskartell und Wahl eines Vertrauensmannes.

Hübeck. Mittwoch, 17. Febr., Abends halb 9 Uhr, im Lokale des Concordia-Garten, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. L.-D.: Der Organisationsentwurf der Generalkommission und die Resolution des deutsh. Metallarbeiter-Verbandes zum Gewerkschaftskongress. Referent: Weisinger-Hamburg Diskussion.

Mühlhausen. (Metallarbeiterverein.) Die Adresse des neugewählten Kassiers ist: Karl Haberleher, Rosengasse 26. Bei demselben ist die Reiseunterstützung abzuholen.

Anzeigen.

Nachruf.
Am 30. Januar verstarb unser Kollege,
Richard Franz
aus Leipzig nach kurzem Leiden an der
Profetarietkrankheit (Schwindstucht). Er
war als treues und eifriges Mitglied
thätig. Wir rufen ihm ein „Ruhe sanft“
nach.
Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Heilbronn.

Engl. Leder-Hosen
dauerhafte, starke Waare und gut genäht,
versendet überallhin gegen M. 5,75 Nachnahme
franco. Angabe der Schnittlänge erforderlich.
Breslauer Kleider-Magazin
D. Salsmann in Bernburg, Saalplatz 2.
Sende sofort einen tüchtigen **Teilen-**
Schleifer.
F. Eichhoff, Wöckel (Medienburg),
Grubenstraße.

Teilenhauergehilfen,
soliden, guten Arbeiter, für beständig, sucht
sodort **F. Mundert, Nürnberg.**

Aufforderung. Der Bleichschläger
Franz Lamb aus Fulda wird aufgefördert,
seinen Verpflichtungen gegen die Verwaltungs-
stelle des D. M.-A.-B. in Fulda nachzu-
kommen. Alle Vorstände der Verwaltungs-
stellen werden gebeten, denselben auf die
Anforderung aufmerksam zu machen.

Aufforderung. Diejenigen, welche noch
im Besitze von Sammelstücken des Heftel'schen
Formerpriests sind, werden ersucht, selbige,
ob darauf gezeichnet oder leer, sofort an den
Unterszeichneten einzusenden, damit Abrech-
nung erfolgen kann.
Adolf Hofrichter,
Ehrenr.-Ld. Rön. „Friedrichstraße 2.

Warnung. Der Klempner **Theodor**
H. H. aus Wünnen, Mitgliedsbuch nummer
20307, hat sich hier durch einen irrtümlich
ausgestellten Ausweis zweimal Reiseunter-
stützung erschwindelt und suchte auf Grund
dieses Ausweises noch weitere Unterstützung
als angeblich „Gemeinregelter“ zu erhalten.
Ich ersuche die nächste Verwaltungsstelle, dem
v. p. Rühla die Verschwindung, ausgestellt in
Gubekheim, abzunehmen.
Die Verwaltungsstelle Hannover.
S. M.: Max König.